



Rechtsextremismus? Nicht mit mir!

Grundwissen und Handwerkszeug für
Demokratie in Berlin

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Begleitheft
zur Ausstellung
„Demokratie stärken –
Rechtsextremismus
bekämpfen“



Rechtsextremismus? Nicht mit mir!

Grundwissen und Handwerkszeug für
Demokratie in Berlin

Begleitheft
zur Ausstellung
„Demokratie stärken –
Rechtsextremismus
bekämpfen“

Impressum

ISBN 978-3-96250-015-3

Herausgeber:

Projekt Gegen Rechtsextremismus im Forum Berlin der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Grundlage der vorliegenden Broschüre ist die Veröffentlichung
„Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug
für Demokratie in Norddeutschland“ des Julius-Leber-Forums der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg, 2. Auflage, 2017
(ISBN 978-3-95861-722-3)

Text:

Oliver Gaida, Lea Gronenberg, Niels Hegewisch, Peter Hurrelbrink,
Ulli Jentsch, Nora Langenbacher, Lisa Lehmann, Ralf Melzer, Dietmar
Molthagen, Franziska Schröter, Cornelia Seiberl, Sebastian Serafin,
Till Stehn, Lena Tresse und Frederic Werner

Redaktion der Berlin-Ausgabe:

Eva-Lotte Reimer und Franziska Schröter

Gestaltung:

Meintrup, Grafik Design / Andreas Rupprecht

Fotos:

apabiz e.V. Berlin, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Otto Belina,
der-bildermacher (flickr.com), Claudia Bihler, büro v.i.p., Comic „Andi“
(www.andi.nrw.de), E. Friedrich, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,
Roland Geisheimer (www.attenzione-foto.com), Peter Himsel, IconScreen,
sven_kindler (flickr.com), Michael Klarmann, Holger Kulick, Joachim Liebe,
linksfraktion (flickr.com), metropolico.org (flickr.com), Opferperspektive
Brandenburg e.V., Marek Peters, recherche-nord, M. Reisinger, Sergej
Seemann, superperikonoskop (wikipedia.org), Kerstin Tack
(flickr.com), tetedelacourse (flickr.com), The National Archives
and Records Administration (NARA), Frank Wilhelm, Deutscher
Bundestag/Wolfgang Zander, Behnaz Zoghi

Illustrationen:

Klaus Günther

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Wir danken für die Mitarbeit an dieser Broschüre:

Lan Böhm (Jugendpresse), Jana Günther, Annika Taschke, Uwe Reuter,
Markus Graichen (Schülernetzwerk MUT), Stella Hindemith, Julian
Perdrigeat, Franziska Schwarzmann (mut-gegen-rechte-gewalt.de),
Fabian Stroetges und Behnaz Zoghi sowie den Co-Autoren Simone
Rafael (mut-gegen-rechte-gewalt.de) und Ulli Jentsch (apabiz)

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© 2017 Friedrich-Ebert-Stiftung, 7. Auflage

Inhalt

1	Wozu dieses Heft?	4
2	Was erwartet dich in der Ausstellung?	5
3	Warum Demokratie?	8
4	Rechtsextremismus und Rechtspopulismus – was ist das?	12
5	Wer sind „die Rechten“ und was machen sie?	21
6	Was machen die Rechten in Berlin?	37
7	Rechtsextremismus – was geht mich das an?	45
8	Was tun? Was tun!	49
9	Wo finde ich Unterstützung?	58



1 Wozu dieses Heft?

Wir freuen uns, dass du zu diesem Heft gegriffen hast und dich das Problem Rechtsextremismus interessiert. Vielleicht hast du die Broschüre bei unserer Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ mitgenommen. Diese Broschüre soll die Inhalte der Ausstellung begleiten und vertiefen, ist jedoch auch ohne die Ausstellung zu verstehen. Wir hoffen, dass sie deine Fragen zu diesem wichtigen Thema beantwortet und dich in deinem Engagement für die Demokratie bestärkt. Denn unsere Gesellschaft braucht möglichst viele Menschen, die sich demokratisch engagieren, für Toleranz und Zivilcourage eintreten und die den Rechtsextremen zeigen: „Nicht mit mir!“

Der Schock über die Taten des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), dessen Mitglieder zwischen 2000 und 2007 mutmaßlich zehn Menschen ermordet haben, ist groß. Das gilt auch für die Bilder von brennenden Unterkünften für Geflüchtete und die Nachrichten von gewalttätigen Übergriffen auf Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Gewalt suchen. Und sicher fragst auch du dich, wie das in Zukunft verhindert werden kann. Diese schrecklichen Taten zeigen auch, wohin Rechtsextremismus im schlimmsten Fall führen kann: zu Mord und Terror. Das Problem fängt aber schon viel früher an, im Alltag, bei scheinbaren Kleinigkeiten, zum Beispiel einem schnell dahingesagten rassistischen Spruch, bei rechten Einstellungen und der Geringschätzung der Demokratie.

Die Voraussetzung für ein erfolgreiches Engagement gegen Rechts ist es, gut Bescheid zu wissen. Wir wollen aber nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern erst recht, wofür. Deshalb beginnen wir mit einer Antwort auf die Frage „Warum Demokratie?“. Danach versuchen wir zu erklären, was Rechtsextremismus eigentlich ist, wer „die Rechten“ sind und was sie machen. Dabei gehen wir vor allem auf die rechtsextreme Szene in Berlin ein. Neben vielen Informationen findest du auch zahlreiche Kontakte sowie Anregungen und Beispiele für konkrete Aktivitäten gegen Rechtsextremismus.

Nur eine starke Demokratie mit engagierten Demokraten_innen ist widerstandsfähig gegen Rechtsextremismus.

Wir wünschen dir eine interessante Lektüre und viel Erfolg bei deinem Engagement!

2 Was erwartet dich in der Ausstellung?

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Ein kleiner Rundgang durch die Ausstellung

Der Doppeltitel wurde von uns ganz bewusst gewählt, denn die Ausstellung soll einerseits beschreiben, was Rechtsextremismus eigentlich genau ist und wie er Demokratie und Menschenrechte gefährdet. Auf der anderen Seite wollen wir aber auch zeigen, wie wichtig Demokratie für unser gesellschaftliches Miteinander ist und welche Errungenschaft unsere Staatsform ist.



Demokratie leben und lernen

Demokratie bedeutet, dass das Volk herrscht. In einer repräsentativen Demokratie wie der unsrigen tut es das, indem es die Entscheidungsgewalt auf gewählte Vertreter_innen für eine bestimmte Zeit überträgt. Im ersten Teil unserer Ausstellung wird das Prinzip Demokratie erklärt. Dabei wird auch auf die Bedeutung der Menschenwürde als wichtige Grundregel eingegangen: Demnach sind alle Menschen gleich viel wert. Es wird deutlich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist – sie muss von uns allen im Alltag geachtet, mitgestaltet und verwirklicht werden.



Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie

Im zweiten Teil der Ausstellung wird gezeigt, warum Rechtsextremismus eine Gefahr für die Demokratie darstellt und was das rechtsextreme Weltbild ausmacht.

Alle Infos zur Berlin-Version der Ausstellung findest du unter <http://ausstellung.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalt/berlin.php>



Es geht los mit einer Gegenüberstellung, die deutlich macht, dass Rechtsextreme fast alle Wesensmerkmale der Demokratie ablehnen, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind: etwa die Gewaltenteilung, also die Trennung von Regierung, Parlament und Gerichten, oder den Schutz der Grundrechte wie z. B. Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Anschließend wird das rechtsextreme Weltbild erläutert, wonach Menschen unterschiedlich viel wert sind: So werden bestimmten Gruppen von Menschen, wie Migrant_innen, Jüdinnen und Juden sowie Menschen mit Beeinträchtigungen, ihre Menschenrechte abgesprochen. Hinzu kommen ein übersteigerter Nationalstolz, der gleichzeitig andere Nationen abwertet, das Befürworten einer autoritären Diktatur und die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen. Diese rechtsextremen Einstellungen bilden die Grundlage für rechtsextremes Verhalten. Hiermit sind das Wählen von rechtsextremen Parteien, politische Aktivitäten in rechtsextremen Gruppierungen oder Organisationen, aber auch Straf- und Gewalttaten gemeint. In diesem Teil der Ausstellung wird auch gezeigt, welche Parolen Rechtsextreme verwenden.

Die rechtsextreme Szene

Wie die rechtsextreme Szene in Deutschland und speziell in Berlin aufgestellt ist, zeigen wir auf den Tafeln im folgenden Ausstellungsteil. Auch werden einige lokale Beispiele aufgeführt. Sehr deutlich zu sehen ist, dass Rechtsextremismus viele Gesichter hat. Die rechtsextreme Szene ist ein verbundenes Netzwerk, das von rechtsextremen Parteien über rechte Musik- und Klamottenvertriebe, über Zeitschriften und Bildungseinrichtungen bis hin zu Autonomen Nationalisten und Subkulturen wie etwa die Identitäre Bewegung reicht.

Gewalt wird von vielen Rechtsextremen als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen verstanden. Seit 1990 starben nach Angaben zivilgesellschaftlicher Opferhilfeeinrichtungen 184 Menschen in Deutschland als Opfer rechter Gewalt, die Dunkelziffer könnte noch weit höher liegen.

Als zentraler Akteur der rechtsextremen Szene gilt die NPD. Gegründet wurde die Partei 1964 in Hannover. Nach langer Ruhephase wurde die NPD Mitte der 1990er Jahre zur aktivsten rechtsextremen Partei und ihr gelang sogar vorübergehend der Einzug in zwei Landtage. Im Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der NPD entschieden. Mit Stand 2017 hat die NPD keine Sitze in Länderparlamenten, jedoch einen Abgeordneten im Europaparlament.

Zusätzlich zur NPD stellt die Ausstellung in diesem Teil auch die „Neue Rechte“ vor. Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk von Personen, politischen Projekten und Publizist_innen, die das Ziel haben, rechte Gedanken salonfähig zu machen. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.



3 Warum Demokratie?



Demokratie als Staatsform

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ So hat der frühere britische Premierminister Winston Churchill diese Frage in einem berühmt gewordenen Ausspruch für sich beantwortet. Und wäre vieles in der Tat nicht einfacher, wenn eine Person allein für alle anderen entscheiden würde? Aber wie vertrittst du dann deine Interessen? Und warum gehen in undemokratisch regierten Ländern viele Menschen, teilweise unter hohem persönlichem Risiko, für die Demokratie auf die Straßen? Die Demokratie ist die Staats- und Gesellschaftsform, die die Menschenwürde, die Menschenrechte, grundlegende Werte wie Freiheit und Gleichheit und auch den Wohlstand bislang am besten schützt und ermöglicht.



Demokratie heißt ja zunächst, aus dem Griechischen übersetzt, die Herrschaft des Volkes. Das steht bei uns in Artikel 20 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dort wird aber auch gleich festgehalten, dass wir eine repräsentative Demokratie haben, das heißt, dass die Bürger_innen die Entscheidungsgewalt auf gewählte Vertreter_innen übertragen. Alles andere wäre bei einer so großen Zahl von Menschen auch nicht möglich. Doch Amtsinhaber_innen können auch jederzeit wieder aus ihrem Amt entfernt werden, wenn die Bevölkerung unzufrieden mit ihnen ist. Keine andere Staatsform ermöglicht einen regelmäßigen und friedlichen Wechsel der Regierungen. Das ist etwas vereinfacht dargestellt, aber der fundamentale Unterschied zu einer Diktatur.

Freiheit und Menschenwürde

In der Politik geht es nun darum, das Zusammenleben in einer Gesellschaft mit all ihren Konflikten zu regeln. Demokratisch heißt dann konkret, dass alle Bürger_innen die gleichen Rechte (und auch Pflichten) haben. Gleichheit heißt also nicht Gleichmacherei, sondern viel eher die Abwesenheit



von Ungleichheit und dass alle die gleichen Chancen haben, sich zu entfalten. Ganz zentral bei der Gleichheit ist die Anerkennung der Menschenwürde als absoluten Wert. So steht es ja auch im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dies gilt für alle Menschen, ohne Bedingungen, von Geburt an. Der Staat verpflichtet sich, diese Menschenwürde zu achten und zu schützen.

Weiterhin hält das Grundgesetz fest, dass niemand diskriminiert werden darf, weder wegen des Geschlechts noch wegen der Religionszugehörigkeit, des Alters oder der Herkunft. Die Achtung der Menschenwürde bedeutet also, dass es keine Menschen „zweiter Klasse“ oder gar „unwertes Leben“ gibt. Hier offenbart sich auch der größte Unterschied zum Nationalsozialismus, der die Nation über das Individuum stellt und davon ausgeht, dass Menschen unterschiedlich viel wert sind.

Freiheit in der Demokratie bedeutet nicht nur, sich frei nach seinen Möglichkeiten zu entfalten, sondern auch, sich an politischen Prozessen beteiligen zu können, beispielsweise über Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen oder über direktes Engagement wie Demonstrationen, Petitionen oder Unterschriftensammlungen. Weitere wichtige Freiheiten stehen wiederum in unserer Verfassung, unter anderem die Meinungs- und Pressefreiheit, die Glaubensfreiheit oder die Versammlungsfreiheit. Damit wird in der Demokratie gewährleistet, dass jede und jeder nach eigenen Überzeugungen zum politischen Handeln beitragen kann. Eingeschränkt wird dieses Recht nur dadurch, dass man die Freiheit der anderen nicht verletzen und nicht



gegen Gesetze verstoßen darf. Mit einer unabhängigen Rechtsprechung soll Willkür und Bereicherung einer kleinen Gruppe, wie es durch eine autoritäre Herrschaft möglich ist, ausgeschlossen werden.

Demokratie gemeinsam leben

Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, in der das Volk durch Wahlen und Abstimmungen die Macht ausübt, sie ist auch eine Gesellschaftsform. In Vereinen werden Vorstände gewählt und – bei Unzufriedenheit – wieder abgewählt. In Betrieben gibt es Mitbestimmungsrechte und wenn die Löhne nicht stimmen, kann gestreikt werden. In Schulen gibt es Schüler_innenvertretungen, die die Interessen der Schülerschaft vertreten. Im Kleinen und Großen diskutieren wir Fragen unseres Zusammenlebens, bis wir einen Konsens finden oder in einer Abstimmung eine Mehrheit. Und wir sind uns einig, dass Probleme gewaltfrei gelöst werden sollen. Dafür gibt es unabhängige Gerichte, die in schwierigen Streitfällen Entscheidungen herbeiführen und dafür sorgen, dass sich alle an die Gesetze halten.

Wenn sich alle Betroffenen als Freie und Gleiche an der Regelung ihres Zusammenlebens beteiligen können, verlangt dies auch jedem_r Einzelnen einiges ab: Es müssen die eigenen Interessen erkannt und anderen mitgeteilt werden. Da in einer Demokratie jedoch jeder Mensch andere Interessen haben kann und darf, müssen diese diskutiert und zu einem tragfähigen Kompromiss zusammengeführt werden.



Zum anderen setzt Demokratie eine bestimmte Haltung voraus. Zunächst geht es darum, die anderen anzuerkennen und ihnen die gleichen Rechte wie sich selbst zuzugestehen. Das bedeutet auch, sich andere Meinungen und Interessen anzuhören und diese zu tolerieren, auch wenn man sie nicht teilt. Denn zu der Frage, wie das Zusammenleben geregelt werden soll, gibt es keine Antworten mit absolutem Wahrheitsanspruch – auch dazu nicht, wie die bestmögliche Form der Gemeinschaft im Rahmen der Verfassung ausgestaltet werden kann. So zeichnet sich die Demokratie auch dadurch aus, dass Kritik erlaubt ist und zur Verbesserung beitragen kann. Die Demokratie kann und muss sich weiterentwickeln.

Nicht zuletzt ist Demokratie auf die Bereitschaft jeder einzelnen Person angewiesen, sich daran zu beteiligen. Demokrat_innen zeichnen sich deshalb durch ein Mindestmaß an Interesse für die Belange des Zusammenlebens aus. In diesem Sinne sagte Heinz Galinski, erster Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland: „Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für alle Mal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“

Es gibt verschiedene Auffassungen, wie die Demokratie ausgestaltet werden kann, zum Beispiel eher solidarisch oder eher wirtschaftsliberal. Doch gemeinsam ist den Modellen der Demokratie, die sich aus der Tradition der Aufklärung ableiten, das Prinzip der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen. Und dafür lohnt es sich allemal, sich für die Demokratie zu engagieren.

4 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus – was ist das?



**Rechtsextremismus =
Menschen sind unter-
schiedlich viel wert**

Was fällt einem spontan zu dem Begriff „Rechtsextremismus“ ein? Braun, Glatze, Hitler, Baseballschläger, NPD, Rassismus? „Rechtsextremismus“ ist ein sperriger Begriff, der relativ viel meint: Einstellungen, Handlungen und Organisationen.

Dem Rechtsextremismus liegt ein Denken zugrunde, das Menschen unterschiedlichen Wert zuschreibt – je nach Herkunft, Hautfarbe und Kultur. Damit verletzt rechtsextremes Denken die Menschenwürde und verstößt gegen die Grundrechte, die das Grundgesetz allen Menschen in Deutschland garantiert. Im Grundgesetz heißt es in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und in Artikel 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Weil die Grundannahme rechtsextremen Denkens sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands richtet, sind rechts-extreme Personen und Organisationen verfassungsfeindlich und werden von staatlichen Behörden – dem Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz – im Auftrag der Innenministerien von Bund und Ländern beobachtet.

Die rechtsextreme Ideologie weist folgende Elemente auf:

- 1.** Befürwortung einer Diktatur (und damit Ablehnung der Demokratie)
- 2.** Nationaler Überlegenheitsanspruch (Chauvinismus)
- 3.** Ausländerfeindlichkeit
- 4.** Antisemitismus (Feindschaft gegenüber Juden)
- 5.** Der Stärkere soll sich auf Kosten des Schwächeren durchsetzen (Sozialdarwinismus)
- 6.** Verharmlosung des Nationalsozialismus

Rechtsextremismus – ein Problem in der Mitte der Gesellschaft

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2016 wurde für die Verbreitung rechtsextremen Denkens in Deutschland Folgendes gemessen:

	Gesamtdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Befürwortung Diktatur	3,6 %	3,1 %	4,9 %
Chauvinismus	12,5 %	11,6 %	14,9 %
Ausländerfeindlichkeit	7,7 %	7,2 %	9,6 %
Antisemitismus	2,4 %	2,3 %	3,1 %
Sozialdarwinismus	2,0 %	1,8 %	2,4 %
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,0 %	1,6 %	4,3 %

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen bei Ost- und Westdeutschen 2016

Quelle: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, S. 130

An diesen Ergebnissen lässt sich ablesen, dass erschreckend viele Deutsche über rechtsextreme Einstellungen verfügen. In Einzelfragen hat die Studie beispielsweise ermittelt, dass mehr als jede_r fünfte Befragte der Aussage zustimmt, Deutschland brauche „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, und gut 23 Prozent der Deutschen fühlen sich als etwas Besseres, nur weil sie deutsch sind. Nach der erwähnten Untersuchung finden wir rechtsextremes Denken in jeder Altersgruppe, bei Frauen und Männern, bei Kirchen- und Gewerkschaftsmitgliedern und unter den Wähler_innen aller Parteien. Es handelt sich beim Rechtsextremismus also nicht um ein „Randproblem“. Wir finden ihn in der Mitte der Gesellschaft.



Rechtsextremismus: kein Jugendproblem, kein Ostproblem!

Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen Teilen der Bevölkerung. Rechtsextremismus ist ein Problem in der Mitte der Gesellschaft und geht deshalb alle an. Liebe „Wessis“: Es ist kein Ostproblem! Liebe Erwachsene: Es ist kein Jugendproblem!

Fremdenfeindlichkeit als größtes Problem

Die Zahlen der FES-Studie zeigen klar, dass unser größtes Problem bei rechtsextremen Einstellungen derzeit in der Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten liegt. Fremdenfeindlichkeit äußert sich in Aussagen wie:

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Aussagen, mit denen in der Studie „Die gesplante Mitte“ ausländer- und fremdenfeindliche Einstellungen gemessen wurden.



Umso wichtiger ist es also, gerade beim Thema Fremdenfeindlichkeit aufzupassen. Falschen Verallgemeinerungen wie „die Flüchtlinge sind.../machen...“ oder Einteilungen in „gute und schlechte Migrant_innen“ muss entschieden begegnet werden.

Auch du solltest hellhörig sein und widersprechen, wenn Personen oder Gruppen pauschal angegriffen und/oder abgewertet werden. Sonst breitet sich der Gedanke der Ungleichwertigkeit von Menschen und damit auch rechtsextremes Denken aus.

Der Nationalsozialismus

Rechtsextremismus ist in Deutschland nicht zu trennen vom historischen Nationalsozialismus. Von 1933 bis 1945 errichtete die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) unter der Führung von Adolf Hitler in Deutschland eine Diktatur. Menschen, die von den Nationalsozialisten für minderwertig gehalten wurden, wurden erst massiv unterdrückt und später brutal ermordet. Das Feindbild Nummer eins der Nationalsozialisten waren Jüdinnen und Juden: Bis 1945 ermordeten sie sechs Millionen Juden in ganz Europa – was man heute als „Holocaust“ bezeichnet. Viele von ihnen starben in den Vernichtungslagern und so genannten „Konzentrationslagern“. Das bekannteste davon war in Auschwitz (heute Oświęcim



in Polen), wo über eine Million Menschen in Gaskammern ermordet wurden – die meisten von ihnen jüdischen Glaubens. Aber auch andere Minderheiten oder Anhänger_innen politischer Bewegungen wurden verfolgt und ermordet, darunter Sinti und Roma, Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung, Homosexuelle, Kommunist_innen und Sozialdemokrat_innen.

Am 1. September 1939 lösten die Nazis mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg aus. Dieser Krieg brachte bis dahin ungekanntes Leid über die Menschen in allen am Krieg beteiligten Regionen, vor allem in Osteuropa. Auch wenn die junge Generation heute keine Schuld am Holocaust und am Zweiten Weltkrieg trägt, so bedeuten die Verbrechen der Nazizeit trotzdem eine besondere historische Verantwortung für jede_n heute lebende_n Deutsche_n. Deswegen muss seit dem Ende des Nationalsozialismus und des Krieges im Jahr 1945 klar sein: So etwas darf nie wieder möglich sein in Deutschland oder woanders!

Betrachtet man die Grausamkeiten des Naziregimes, ist es unfassbar, dass heutige Rechtsextreme die Geschichte verdrehen und noch immer Nazigrößen und Kriegsverbrecher_innen feiern. Ein Beispiel sind die Aufmärsche und Aktionen im Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess jedes Jahr rund um dessen Todestag am 17. August. Da sich die Rechtsextremen in die Tradition dieser Geschichte stellen, werden sie oft selbst noch als „Nazis“ oder „Neonazis“ bezeichnet. Um blinder Verehrung und Parolen Fakten ent-

Dieses Foto zeigt Menschen im Warschauer Ghetto 1943 auf dem Weg zu ihrer Deportation sowie Angehörige der Waffen-SS. Es stammt aus dem „Stroop-Bericht“ und ist ein klassisches Täterfoto. Jürgen Stroop war SS- und Polizeiführer in Warschau und für die vollständige Räumung des Ghettos sowie für die brutale Niederschlagung des Aufstandes von jüdischen Widerstandskämpfer_innen verantwortlich.



Ernst Heilmann war Berliner SPD-Politiker und wurde gleich doppelt stigmatisiert und verfolgt: als engagierter Sozialdemokrat und als Jude. Er wurde im August 1933 (übrigens gemeinsam mit Friedrich Ebert jr.) ins KZ Oranienburg verschleppt und 1940 im KZ Buchenwald ermordet.



gegenzuhalten, ist es wichtig, über diesen Abschnitt deutscher Geschichte gut Bescheid zu wissen. Das Leugnen des Holocausts ist übrigens in Deutschland verboten. Trotzdem streiten viele Rechtsextreme ab, dass der Holocaust stattgefunden hat. Wir alle sollten eine Antwort auf solche Geschichtsverdrehungen parat haben (siehe 8. Kapitel)!

Dass die heutigen Rechtsextremen sich nach wie vor an den historischen Nazis orientieren, zeigt das Beispiel des damaligen Fraktionsvorsitzenden der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs. In einer Rede am 16. Juni 2007 in Rathenow (Brandenburg) lobte er Adolf Hitler als „Phänomen“. Dass die Unterdrückung Andersdenkender zum Programm der NPD gehört, machte Pastörs in seiner Rede ebenfalls deutlich, als er über die „gottverdammten demokratischen Parteien“ schimpfte. Er drohte an, nach einer Machtergreifung der NPD „jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen. Also, liebe herrschende Klasse, seht euch vor, denn wer Wind sät, wird Sturm ernten. Lasst uns Sturm sein!“ (zitiert nach SPIEGEL Online).

Wohin die Reise geht: Was die Rechten wollen

Rechtsextreme wollen eine komplett andere Staats- und Gesellschaftsform als wir sie heute in Deutschland haben. Die Demokratie soll abgeschafft und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz aufgehoben werden. Damit

wenden sich die Ziele der Rechtsextremen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist. Das ist auch ein Grund, warum viele rechtsextreme Vereine (wie z. B. „Besseres Hannover“ 2012 oder das „Freie Netz Süd“ in Bayern 2014) im Verlauf der Jahre verboten worden sind. Auch eine rechtsextreme Partei, die „Sozialistische Reichspartei“, ist 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden.



Dass Rechtsextremismus verfassungsfeindlich ist, bestreitet niemand. Das sagen Rechtsextreme sogar selbst. So bekannte etwa der frühere NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel: „Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich, wenn es darum geht, dieses System zu bekämpfen.“ (Quelle: www.bnr.de). Auf der Demonstration des Kölner PEGIDA-Ablegers forderte ein Redner im Januar 2016 die Deutschen zum „Widerstand gegen das verbrecherische System“ (Quelle: Verfassungsschutzbericht 2015) auf. Wie die Gesellschaftsordnung ihrer Meinung nach aussehen sollte, sagen die Rechtsextremen ebenfalls ganz offen: Die Leute, die den Rechtsextremen nicht passen, würden ihre Rechte verlieren. So nannte ein NPD-Flyer als politisches Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund sollten „aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert [werden] und dürfen in der BRD ab sofort keinen Grund und Boden mehr erwerben“ (aus dem NPD-Flyer „Das passiert, wenn die NPD regiert“). Das bedeutet, dass einem türkischstämmigen Arbeitnehmer, der mittlerweile vielleicht deutscher Staatsbürger ist und seit 30 Jahren in die deutschen Sozialversicherungssysteme eingezahlt hat, alle gesetzlichen Ansprüche weggenommen werden sollen. Das ist nicht Politik, sondern Diebstahl!

Rechtsextreme Gewalt in Deutschland

Aber es bleibt nicht bei Ausgrenzung und Diebstahl: Rechtsextremismus bedeutet immer auch Gewalt. Nach Angaben von Opferverbänden wurden in Deutschland seit 1990 184 Menschen ermordet, im Jahr 2015 gab es nach Angaben des Bundesinnenministeriums 1.408 Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation. Das sind beinahe vier pro Tag – und das sind nur die offiziellen Zahlen. Opferberatungsstellen gehen von weit höheren Zahlen aus. Kampf und Gewalt gehören untrennbar zur Gedankenwelt des

Rechtsextremismus dazu. Die hohe Zahl von Geflüchteten und Migrant_innen in den Jahren 2015 und 2016 hat zu einer Welle rechter Gewalt geführt. Im ganzen Bundesgebiet brannten Asylbewerberunterkünfte, wurden Geflüchtete Opfer rechter Gewalt und Flüchtlingshelfer_innen, Politiker_innen und Journalist_innen bedroht. So verletzte z. B. am 10.



Juni 2016 in Lingen ein 21-jähriger mit Verbindungen in die rechtsextreme Szene zwei Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft, darunter ein 5-jähriges Mädchen, indem er sie aus seiner Wohnung mit einem Luftgewehr beschoss. Am 17. Oktober 2015 griff ein Mann in Köln die Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer an und verletzte sie sowie vier im Umkreis stehende Personen schwer. Gegenüber der Polizei bezeichnete der Angreifer Reker als „Schuldige für das ganze Ausländerproblem“. Er habe ein Zeichen gegen Geflüchtete in Deutschland setzen wollen. Solche Übergriffe mit teilweise schwerer Körperverletzung, aber auch Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte, gehören mittlerweile leider zum Alltag.



„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

Dieser im November 2011 bekannt gewordenen Vereinigung gehörten nach bisherigen Erkenntnissen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt an. Die drei hatten ein breites Umfeld an Unterstützer_innen aus der rechtsextremen Szene. Der NSU ist unter anderem für die Neonazi-Mordserie in den Jahren 2000 bis 2006 (insgesamt wurden neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund ermordet), das Nagelbomben-Attentat in Köln 2004 sowie den Mord an einer Polizistin in Heilbronn 2007 verantwortlich. Die in den Medien auch als „Zwickauer Zelle“ bezeichnete Gruppierung ist aus der Neonaziszene in Jena in den 1990er Jahren entstanden. Jahrelang wurde eine rechtsextreme Motivation der Taten verleugnet. Die Rede war von „Döner-Morden“. Die Rolle der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen zum NSU führte 2012 zu Rücktritten u. a. des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und zu Debatten über eine mögliche Umstrukturierung oder gar Abschaffung der entsprechenden Landesverfassungsschutzbehörden. Seit Mai 2013 läuft vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer.



Was ist Rechtspopulismus?

Der Einfluss von Populist_innen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Doch was ist das überhaupt? Populist_innen von Rechts sind keine Neonazis. Aber die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind fließend. Der Begriff Populismus kommt vom lateinischen Wort „populus“ (Volk, Nation). Populist_innen reden den Leuten nach dem Mund. Sie geben einfache Antworten auf schwierige Fragen.

Populist_innen behaupten, die Interessen „des Volkes“ gegen „die da oben“ zu verteidigen. Populismus wird dann zum Rechtspopulismus, wenn er sich völkisch-nationalistisch auflädt und die Sorgen und Ängste von Menschen ausnutzt, um Vorurteile und Feindbilder zu verbreiten. Zuwanderung, Terror und globale Krisen nutzen Rechtspopulist_innen aus, um die Ängste vor einem Kontrollverlust des Staates und einer „Überfremdung“ der Gesellschaft zu schüren. „Wir“ gegen „die anderen“ – das ist die Grundhaltung des Rechtspopulismus. Dabei lassen sie bewusst offen, wer „wir“ sind. „Die anderen“, das sind alle, die die eigene Meinung nicht teilen oder die zum „Sündenbock“ taugen: Muslime, Juden, Sinti und Roma, Geflüchtete, nationale Minderheiten oder „Brüsseler Bürokraten“.

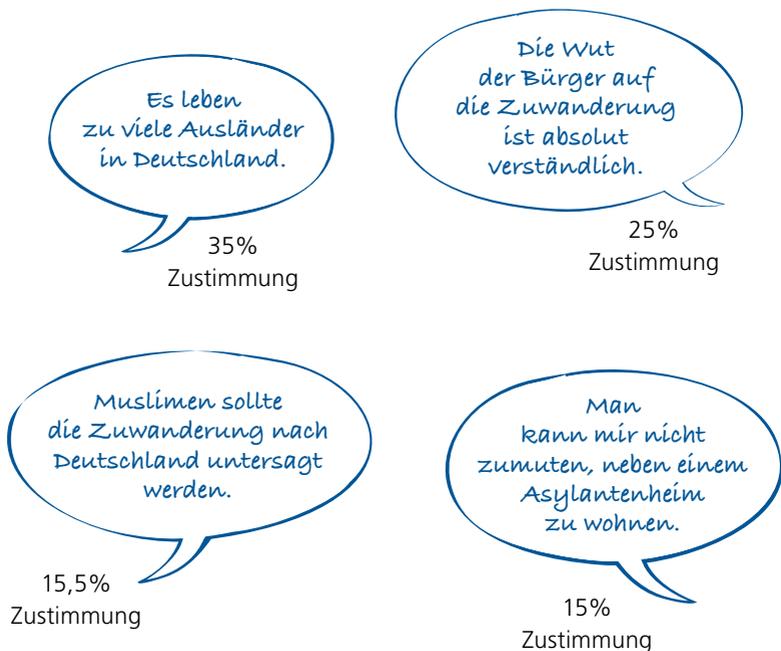
Rechtspopulist_innen behaupten, „Tabus“ und „Denkverbote“ zu durchbrechen, die von den „Altparteien“ oder einer sogenannten „political correctness“ erlassen worden seien. Oft arbeiten sie mit Verschwörungstheorien. Sie behaupten, die Menschen würden gezielt belogen („Lügenpresse“). Diese Behauptungen stellen sich in der Regel schnell als falsch

heraus. Aber daran stören sich Rechtspopulist_innen nicht. Gefühlte Wahrheiten sind ihnen wichtiger als Fakten. Auch an einer gemeinsamen Lösung der angeblich vertuschten Probleme sind Rechtspopulist_innen nicht wirklich interessiert. Etablierte Parteien, das Parlament und die oft schwierige Suche nach politischen Kompromissen gelten ihnen als ein „morsches System“, dessen Zerfall sie herbeisehnen. Erfahrung und Sachkenntnis bei Politiker_innen werden nicht geschätzt, sondern als elitär verachtet.

Rechtspopulistische Parteien gibt es überall in Europa – auch in Deutschland. In einigen Ländern sind rechtspopulistische Parteien sogar an der Regierung beteiligt. Häufig zeigt sich Rechtspopulismus auch als Protestbewegung, wie z. B. die fremdenfeindliche „Pegida“-Bewegung (das Kürzel steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“).

PEGIDA

Rechtspopulistische Parolen und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung



Quelle: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016

5 Wer sind „die Rechten“ und was machen sie?

Leider lassen sich die Rechtsextremen nicht immer auf den ersten Blick erkennen. Es gibt innerhalb des Rechtsextremismus mehrere Strömungen, verschiedene Gruppen und eine recht große Bandbreite in ihrem Auftreten.

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen

Bisher war die NPD in den Landtagen von Sachsen (2004-2014) und Mecklenburg-Vorpommern (2006-2016) vertreten, NPD-Politiker_innen sitzen in vielen Kommunalparlamenten – auch in Berlin. Politische Gestaltungsmöglichkeiten hat die Partei allerdings nicht, da keine andere Partei mit der NPD zusammenarbeitet. Die NPD grenzt sich mit ihrer Kritik an Parlamenten – in denen sie selbst sitzt – und ihrer offenen Ablehnung von Ausländer_innen, Jüdinnen und Juden und anderen Gruppen aus dem politischen Betrieb aus. Bei der Bundestagswahl 2013 erhielt die NPD „nur“ 1,3 Prozent der Stimmen (das waren immerhin noch 560.000 Wähler_innen) und verfehlte damit den Einzug in den Bundestag klar. Sie wurde schon in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik gegründet, war aber nach einer kurzen Erfolgsphase Ende der 1960er Jahre lange Zeit bedeutungslos. Ende der 1990er Jahre wurde die Partei aktiver und war viele Jahre die aktivste und extremste rechtsextreme Partei in Deutschland. Zur NPD gehören mehrere Unterorganisationen wie zum Beispiel der „Ring Nationaler Frauen“ oder die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Diese versuchen, gerade junge Leute als Anhänger_innen zu gewinnen. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in den letzten Jahren und einem neuerlichen Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (siehe Seite 25) hat die NPD massiv an Bedeutung verloren.

Die Partei **Der III. Weg** hängt dem historischen Nationalsozialismus an. Ihre Aussagen sind geprägt von Antisemi-





tismus und Fremdenfeindlichkeit. In ihrem „Zehn-Punkte-Programm“ fordert die Partei u. a. die Schaffung eines „Deutschen Sozialismus“ sowie die Entwicklung und Erhaltung der „biologischen Substanz des Volkes“. Den demokratischen Rechtsstaat lehnt „Der III. Weg“ ab. Eine wichtige Rolle spielt die Anti-Asyl-Agitation. Auf ihrer Homepage bietet die Partei einen „Leitfaden“ gegen geplante Asylbewerberunterkünfte an und verzeichnet bereits bestehende Unterkünfte auf einer interaktiven Karte. Die Parteimitglieder bemühen sich um lokale und regionale Präsenz – vor allem in Orten mit Asylbewerberunterkünften. Dort suchen sie das Gespräch mit den Bürger_innen. Gewalt gegen Ausländer_innen wird mit Häme kommentiert. Die Partei organisiert jedes Jahr im Winter eine „Deutsche Winterhilfe“, bei der sie zu Kleiderspenden aufruft und „Obdachlosenheime statt Asylantenheime – Erst unser Volk, dann alle anderen!“ fordert.

Die Partei **Die Rechte** verbreitet nationalsozialistisches Gedankengut. Sie äußert sich antisemitisch und fremdenfeindlich. Auf Kundgebungen und im Internet werden „staatliche Repression“ und Zuwanderung angeprangert. Der politische Gegner und die Polizei werden gezielt provoziert. Die Partei lehnt den Parlamentarismus ab. Sie kämpft gegen das „System“. Einige Unterorganisationen sind ein Auffangbecken für Neonazis und verbotene Nazi-Gruppen. In Hamm und Dortmund verfügt „Die Rechte“ über je ein Stadtratsmandat. Diese nutzt sie für neonazistische Aktivitäten, indem etwa nach der Zahl der in Dortmund lebenden Juden gefragt wird. Flucht und Asyl sind für die Partei wichtige Themen. Viele Mitglieder sind gewaltbereit. In einer Rede bezeichnete der Parteivorsitzende Flüchtlinge als „kriminell“ und „Asylbetrüger“. Flüchtlingshelfer setzte er als „geisteskrankte Subjekte“ herab und wünschte ihnen „eine Vergewaltigung durch Asylbetrüger“.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielen rechtspopulistische Parteien. Diese sind keine Nazis, auch wenn die Grenzen zum Rechtsextremismus fließend sind. Manche werden sogar vom Verfassungsschutz beobachtet. Das trifft für die sogenannten **Pro-Bewegungen** zu. Diese geben vor, die Demokratie zu achten, lehnen aber alles ab, was sie als „fremd“ empfinden. Sie kritisieren den Parlamentarismus, die liberale Medienöffentlichkeit und den Minderheitenschutz – also demokratische Grundrechte! Der wichtigste Inhalt der Pro-Bewegung ist die Feindschaft gegenüber dem Islam. So drehen sich fast alle Aktivitäten um den Protest gegen Moscheebauten, eine angebliche Islamisierung Europas durch zu viel Zuwanderung und ver-

meintlich zu viele Freiheiten für in Deutschland lebende Muslime sowie das Angst-Machen vor islamistischem Terror.

Besonders erfolgreich waren die verschiedenen Pro-Parteien bei Wahlen bisher nicht. Doch ein Blick zu unseren Nachbarländern zeigt, dass es durchaus Potenzial für solche Parteien gibt. In Österreich (FPÖ), der Schweiz (SVP), Ungarn (Jobbik) oder Dänemark (Dänische Volkspartei) waren ähnliche Parteien schon sehr erfolgreich. Auch in Deutschland konnten Parteien mit Nähe zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zuletzt Erfolge bei Wahlen feiern.

Neben den rechtsextremen Parteien gibt es Neonazi-Gruppen, die sich meist bewusst nicht juristisch in Vereinen organisieren, damit man sie nicht verbieten kann. Diese Gruppen nennt man **Kameradschaften**. Sie sind auf lokaler Ebene aktiv und selten größer als 25 Personen. Viele arbeiten mit rechtsextremen Parteien zusammen, einige Kameradschaftsmitglieder sind in den letzten Jahren auch in Parteien eingetreten. Weiterhin gibt es die sogenannten **Skinheads**, die jedoch in den vergangenen zehn Jahren in der deutschen rechtsextremen Szene an Bedeutung verloren haben. Es gibt aber immer noch rund 10.000 von ihnen, die für viele der rechtsextremen Straftaten verantwortlich sind. Wichtig dabei ist zu wissen, dass viele Skins rechts sind, es aber auch linke und unpolitische Skinheads gibt!

Rechtsextreme in Zahlen und Mitglieder rechtsextremer Parteien

(Zahlen für das Jahr 2016)	Bund	Berlin
Subkulturell geprägte Rechtsextreme	8.500	520
Neonazis	5.800	420
NPD-Mitglieder	5.000	230
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	3.500	250
als gewaltorientiert eingeschätzte Rechtsextremisten	12.100	700

Quellen: Verfassungsschutzbericht Berlin und Bundesverfassungsschutzbericht 2016. Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet, Mehrfachmitgliedschaften sind möglich.



Rechtsextreme bewegen sich auch in eher losen Zusammenhängen. Zum Beispiel in der **Europäischen Aktion**, die u. a. den Holocaust leugnet. Die Bewegung ist international ausgerichtet und fordert die Ausweisung „rassisch Fremder“ aus den europäischen Gesellschaften – falls erforderlich auch gewaltsam. Zunehmend wichtiger für die rechtsextreme Szene wird die **Identitäre Bewegung**. So nennen sich mehrere, oft jugendliche Gruppen, die mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Tanz- und Kostümaktionen, Besetzungen öffentlicher Orte und Störungen von Veranstaltungen auf sich aufmerksam machen. Die „Identitären“ behaupten, dass jedes „Volk“ eine eigene „Kultur“ und einen eigenen „Charakter“ besitze, der vor fremden Einflüssen geschützt werden müsse. Folglich warnen die Identitären vor einem „Großen Austausch“: eine „Sozial-Asyl-Migranten-

Lobby“ hätte zum Ziel, die europäische Bevölkerung durch ausländische Kriminelle und Sozialbetrüger zu ersetzen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei eine angebliche „Islamisierung“ Europas. Die Bewegung ruft zum „Widerstand“ auf, das Volk sei „die letzte Verteidigungslinie“. Forscher bewerten die Identitäre Bewegung als „Rassismus ohne Rassen“.





Warum sind rechtsextreme Parteien nicht verboten?

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sind verfassungswidrig“ (Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz).

Kann man einer Partei diese Eigenschaften nachweisen, so muss sie vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Artikel 21 besagt aber: Es reicht nicht, wenn sich die Partei verfassungsfeindlich äußert, sondern sie muss auch aktiv gegen das Grundgesetz handeln und damit die verfassungsmäßige Ordnung bedrohen.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es bisher zwei erfolgreiche Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht – die einzige Institution, die nach dem Grundgesetz eine Partei verbieten kann – gegeben: 1952 wurde die nationalsozialistische „Sozialistische Reichspartei“ und 1956 die „Kommunistische Partei Deutschlands“ verboten.

Verbotsverfahren können aber auch scheitern. Im Jahr 2003 konnten der Deutsche Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung das Bundesverfassungsgericht nicht davon überzeugen, die NPD zu verbieten. Das Gericht lehnte diese Klage ab, weil Verbindungsleute (V-Leute) der Verfassungsschutzbehörden in Bundes- und Landesvorständen der NPD vertreten waren. V-Leute sind keine eingeschleusten Spione, sondern Leute, die interne Informationen an die Behörden verkaufen. Solange es diese V-Leute gibt, will das Bundesverfassungsgericht nicht über ein NPD-Verbot entscheiden. Das ist wichtig zu wissen: Es ist also nicht entschieden worden, dass die NPD demokratisch ist, sondern es kam gar nicht erst zur Behandlung der eigentlichen Frage.

Noch deutlicher wurde dies im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum erneuten NPD-Verbotsverfahren im Januar 2017: Die Partei wurde nur deshalb nicht verboten, weil sie nach Ansicht der Richter_innen einfach nicht stark bzw. politisch relevant genug ist, um ihre verfassungsfeindlichen Absichten in die Tat umzusetzen. Dennoch wies das Gericht in der Urteilsbegründung darauf hin, das politische Konzept der NPD „missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar“. Inzwischen werden deshalb Wege geprüft, der Partei zumindest die staatliche Finanzierung zu entziehen.



>>

Vom Verbotsverfahren gegen die NPD abgesehen: Verbote von rechtsextremen Gruppierungen gab und gibt es bereits jetzt einige. So ist im September 2012 die Gruppe „Besseres Hannover“ vom niedersächsischen Innenministerium verboten worden. Mit ihrer Kunstfigur „Abschiebär“ hat sie offensiv die „Rückführung“ von „Fremden“ propagiert und laut Innenministerium mit ihrer „nationalsozialistischen Ideologie (...) die Grenzen des Rechtsstaates weit überschritten.“ Seit 2008 konnten der Gruppe zudem 23 Straftaten zugeordnet werden. Auch wenn solche Verbotsmaßnahmen das Gesamtproblem nicht lösen, wurde hier von der Politik doch ein Zeichen gesetzt, rechtsextreme Strukturen nicht zu dulden.



Kleider machen Leute: rechte Klamotten und Zeichen

Rechtsextreme haben ihren Stil in den letzten Jahren verändert und wir können nicht so leicht vom Aussehen auf die Gesinnung schließen. Umso wichtiger ist es, ein paar typische äußere Merkmale der Rechtsextremen zu kennen, denn ihr Auftreten ist vielfältiger geworden. Während in der NPD viele Schlips und Kragen tragen, ist die optische Bandbreite bei den Neonazi-Gruppen groß: vom „klassischen“ rechten Schläger mit Bomberjacke und Springerstiefeln über ein unauffälliges „normales“ Outfit bis hin zu den „Autonomen Nationalisten“, die sich eher alternativ wie die linksgerichteten Autonomen kleiden. Es gibt aber immer noch klare Kennzeichen rechtsextremer Zugehörigkeit, denn es hat sich eine richtige rechtsextreme Mode entwickelt: Es gibt mehr als 120 bekannte Symbole und Codes, die eine rechtsextreme politische Orientierung ausdrücken. Oft sind sie für Außenstehende nicht erkennbar. Aber sie sind mehr als nur Erkennungsmerkmale für Gleichgesinnte: sie vermitteln ein Gruppengefühl und sie transportieren komprimiert die politische Botschaft des Rechtsextremismus. Auf den folgenden Seiten geben wir eine kurze Übersicht über einige gängige Symbole und Codes der rechtsextremen Szene.



Hinschauen! Übersicht über einige Symbole der rechtsextremen Szene

SYMBOLE MIT NATIONALSOZIALISTISCHEM BEZUG

Hakenkreuz

Das Hakenkreuz (auch Swastika oder Sonnenrad genannt) wurde seit Anfang des 20. Jahrhunderts von esoterischen Gruppen, von antisemitischen und völkischen Kreisen, aber auch von der Turnerbewegung verwendet. 1933 ist es zum amtlichen Symbol des Nationalsozialismus erklärt worden, später auch zum Staatssymbol. Die Fahne des NS-Regimes bestand aus dem schwarzen Hakenkreuz in weißem Kreis auf rotem Grund.

→ Die Verwendung des Hakenkreuzes ist in jeder Form verboten.



Schwarze Sonne

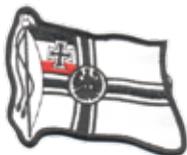
Die „schwarze Sonne“ besteht aus drei übereinander gelegten Hakenkreuzen oder zwölf Siegrunen. Die Vorlage hierfür stammt aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Symbol wird von Rechtsextremen als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz verwendet und ist ein beliebtes Tattoo-Motiv.



Wirmer-Flagge

Die „Wirmer-Flagge“ war von den Hitler-Attentätern des 20. Juli 1944 als neue deutsche Nationalflagge vorgesehen. Sie ist also eigentlich das genaue Gegenteil eines nationalsozialistischen Symbols. Aber seit 2010 verwenden rechtsextreme und rechtspopulistische Strömungen die Flagge. Auf PEGIDA-Demonstrationen ist sie häufig zu sehen. In der Szene gilt die Flagge als Symbol gegen eine angebliche Fremdbestimmung Deutschlands durch ausländische Mächte und ist von einigen Neurechten als Flagge für ein „Viertes Reich“ vorgesehen.





Reichskriegsfahne

Die Reichskriegsfahne existiert seit 1867 in verschiedenen Darstellungsformen und ist eines der meistverwendeten Symbole der rechtsextremen Szene. Beliebt ist vor allem die ursprüngliche Variante mit schwarzem Kreuz, in dessen Mitte ein Kreis mit Reichsadler sowie in der linken oberen Ecke das Eiserne Kreuz auf schwarz-weiß-rotem Hintergrund abgebildet ist.

➔ Die Variante der Reichskriegsfahne mit einem Hakenkreuz ist verboten.



ABZEICHEN UND LOGOS EXTREM RECHTER ORGANISATIONEN

NPD und JN

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste rechtsextreme Partei Deutschlands – und zugleich die modernste und derzeit erfolgreichste. Zur NPD gehört auch die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Sie benutzen verschiedene Parteiabzeichen, darunter das hier gezeigte.

Identitäre Bewegung

Das Symbol des gelben griechischen Buchstabens Lambda auf schwarzem Grund wird von der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ verwendet. Es steht für den Kampf der spartanischen Hopliten (als Europäer) gegen die Perser (als Nicht-Europäer) in der Schlacht bei den Thermopylen. Bekannt wurde das Symbol durch die Comicverfilmung „300“ aus dem Jahr 2006, die sich laut Filmkritik durch einen „unverblümt[en] und undistanziert[en] ... Männlichkeitsirr-sinn um Blut, Boden und Kriegerehre“ auszeichnet.



Blood & Honour

Der Name des internationalen rechtsextremen Skinhead-Netzwerks bedeutet übersetzt „Blut und Ehre“. Diese Worte greifen den auf den Fahrtenmessern der Hitler-Jugend eingravierten Sinnspruch auf und stellen einen Bezug her zu den „Nürnberger Rassengesetzen“ der Nationalsozialisten, dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deut-



schen Ehre“. Die deutsche „Division“ von Blood & Honour wurde im September 2000 vom Bundesinnenminister verboten, seitdem sind auch die Symbole der Organisation verboten. Als straffreies Bekenntnis hat sich der Zahlencode 28 (zweiter und achter Buchstabe des Alphabets) etabliert.



SYMBOLE MIT GERMANISCHEM / HEIDNISCHEM BEZUG

Wikinger

Die Wikinger – Seefahrer und Eroberer im Mittelalter – werden im Rechtsextremismus als nordische, reine Rasse beschrieben. In rechtsextremistischen Publikationen und auf CD-Covern sind häufig klischeehafte Wikingerbilder zu sehen. Wikingerdarstellungen sind nicht verboten und finden sich auch außerhalb der rechtsextremen Szene.



Thorshammer

In der Bildsprache der extremen Rechten, insbesondere ihrer Musikbands, ist der Gott Thor die reinigende Kraft für das deutsche Volk. Der Thorshammer war bis nach dem Ersten Weltkrieg das populärste Symbol der völkischen Bewegung und hat auch heute unter extremen Rechten einen sehr hohen Verbreitungsgrad. Er wird jedoch auch in nichtrechten Jugendkulturen getragen.



Runen

Germanische Runen zählen ebenfalls zu gern verwendeten Zeichen der rechtsextremen Szene. Besonders populär sind die Lebensrunne (Man-Rune), die Todesrunne (Yr-Rune) und die Odal-Rune. Letztere ist als Zeichen der verbotenen Organisation „Wiking-Jugend“ in jeglichem Zusammenhang mit dieser Organisation strafbar.





JUGENDKULTURELLE CODES

Als jugendkulturelle Codes oder auch Szenecodes verstehen wir Begriffe, Zahlenkombinationen und Abkürzungen, deren Bedeutung in der Regel nur Eingeweihte kennen. Diese Codes sind in der Szene sehr beliebt, auch wenn oft nicht jede_r, die/der sie benutzt, die Hintergründe und Bedeutungen vollständig kennt.

18

Die Zahl 18 steht für den ersten und achten Buchstaben des Alphabets, somit für AH, was in der rechtsextremen Szene „Adolf Hitler“ bedeutet.



88

Die 88 steht für zweimal den achten Buchstaben im Alphabet und damit für „Heil Hitler“. Die Zahl ist häufig Bestandteil von Band- und Organisationsnamen, von Autowunschzeichen oder Telefonnummern und wird zudem als Grußformel in Briefen oder Internetbeiträgen benutzt.

Keltenkreuz

Das (stilisierte) Keltenkreuz dient in der rechtsextremen Szene weltweit als Symbol für die „Vormachtstellung der weißen Rasse“ und gilt gemeinhin als „White-Power“-Zeichen. Das Zeichen findet in der Szene beinahe unbegrenzte Verwendung. Das öffentliche Zeigen dieses Symbols ist in einigen Bundesländern verboten.



DRESSCODES UND BEKLEIDUNGSMARKEN

Consdaple

Die Kleidungsmarke CONSDAPLE ist bei Neonazis aufgrund der im Wort enthaltenen Buchstabenkombination NSDAP beliebt. Die von Neonazis entworfene CONSDAPLE-Bekleidung wird nur in Läden der rechtsextremen Szene verkauft.



Thor Steinar

Die Bekleidungsmarke aus Königs Wusterhausen (Brandenburg) ist mittlerweile bundesweit in der rechtsextremen Szene verbreitet. Das Sortiment von Thor Steinar umfasst neben Bekleidung auch Accessoires und orientiert sich stets an neuen Modetrends. Ende 2004 wurden mehrere Träger_innen von Thor-Steinar-Kleidung verklagt. Der Grund hierfür war, dass das genutzte Logo sich aus verschiedenen Runen zusammensetzte, die Symbolen verbotener Organisationen aus dem Nationalsozialismus sehr ähnlich waren. Die Rechtsprechung darüber ist jedoch bis heute in den Bundesländern uneinheitlich. Ein 2005 auf den Markt gebrachtes neues Logo stellt eine Rune dar, die keine Verwendung im Nationalsozialismus fand und deren Verwendung daher nicht unter Strafe steht. Als neue Trendmarken der rechten Szene konnten sich in den letzten Jahren „Ansgar“ und „Erik and Sons“ etablieren.



„Autonomen“-Look

Als Ausdruck von Gewaltbereitschaft, Radikalität und Unversöhnlichkeit gegenüber dem demokratischen System bedient sich ein Teil der rechtsextremen Szene in jüngster Zeit des Styles der autonomen Linken. Das Tragen schwarzer Kleidung (z. B. Kapuzenpullover und Baseballcaps) und Vermummen auf Demonstrationen zählen hierzu. Es wird versucht, bei Aufmärschen die „Schwarzen Blöcke“ der 1980er und 1990er Jahre zu kopieren, ebenso wie den unangepassten autonomen Stil. Die weitgehend unorganisierten „Autonomen Nationalisten“ haben ihre Ausgangspunkte in Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet.



Weitere rechtsextreme Zeichen, Symbole und Codes findest du im Netz unter www.dasversteckspiel.de. Die Broschüre „Das Versteckspiel“ kann man dort auch bestellen.

Herausgeber und Inhaber aller Bildrechte

(sofern nicht anders bezeichnet):
Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V.
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin,
Telefon: 030-61 07 64 62,
mail@aspberlin.de



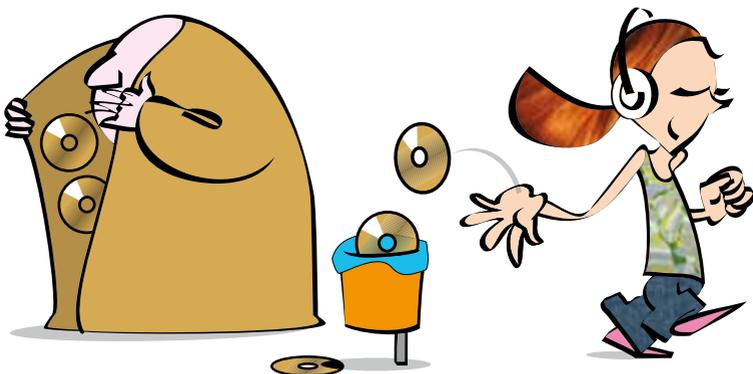


Rechtsextreme Musik

Neben Klamotten und Symbolen spielt Musik im Rechtsextremismus eine große Rolle. Die meisten Jungnazis sind bei einem entsprechenden Konzertbesuch auf den Geschmack gekommen, so dass man die Bedeutung der Musikszene nicht unterschätzen sollte. Das haben auch rechtsextreme Parteien erkannt und deshalb organisieren sie immer wieder Parteiveranstaltungen, die als Konzerte getarnt werden. Im Bundestagswahlkampf 2005 verteilte die NPD zudem erstmals eine kostenlose „Schulhof-CD“ mit rechtsextremer Musik vor Schulen. Seitdem gibt es immer wieder neue „Schulhof-CDs“, sowohl von Freien Kameradschaften als auch von der NPD.

In Deutschland gibt es ca. 200 rechtsextreme Musikgruppen und Liedermacher_innen. Im Jahr 2016 zählte der Verfassungsschutz 223 rechtsextreme Musikveranstaltungen. Die Zahlen steigen seit Jahren. Konzerte sind fraglos die wichtigsten Szene-Events und der häufigste Anlass, bei dem neue Mitglieder für die Sache geworben werden. Die Bands spielen dabei nicht mehr nur den klassischen Rechtsrock, sondern es gibt verschiedene Musikrichtungen, sogar Hip-Hop mit rechtsextremen Texten. Allerdings ist der rechtsextreme Musikmarkt immer noch eine Nische.

In den Texten wird oft offen zu Gewalt gegen Ausländer_innen, Muslime, Jüdinnen und Juden oder andere Gruppen aufgerufen. Ein Beispiel: „Saubere und rein soll das Vaterland sein, nicht besudelt wie das dreckigste Schwein. [...] das Urteil ist gesprochen, Tod durch den Strang“ (aus dem Song „Tod durch den Strang“ der Band „Sturmkommando“; aufgrund dieses Liedes wurde die CD verboten). Daneben gibt es aber auch Songs, die die rechtsextreme Szene als jugendlich und revolutionär darstellen,





Verbote allein bringen's nicht

Viele rechtsextreme CDs sind von den Behörden indiziert und damit nicht im Handel erhältlich. Über ausländische Anbieter im Internet kann man aber vieles dennoch bestellen oder einfach runterladen. Man kommt also um Aufklärung über rechtsextreme Musik nicht herum – vielleicht ja auch mal im Schulunterricht?

um dadurch ihre Attraktivität zu steigern. Ein Beispiel: „Sie tragen keine Bomberjacken, sind trotz allem national, gehen zum Fußball oder Partys, ihre Köpfe sind nicht kahl. Man kann nur schwer erkennen, wer sie sind und was sie wollen. Doch wenn es um Deutschland geht, dann hört man sie von weitem grollen: eine Jugend rebelliert!“ (aus dem Song „Rebellion“ der Band „Sleipnir“ von der sogenannten Schulhof-CD der NPD).

Rechtsextreme Organisationen haben das Potenzial von Musik längst erkannt und setzen es bewusst dafür ein, junge Anhänger_innen zu gewinnen. „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann“, sagte Ian Stuart Donaldson, Sänger der britischen Skinhead-Band „Skrewdriver“. Diese Aussage aus den späten 1970er Jahren ist bis heute das politische Motto rechtsextremer Musik.



Aktionen der Rechtsextremen: Demos

Was machen „die Rechten“? Zwei Sachen sind bisher schon genannt worden: Sie gehen zu Konzerten und sie werden gewalttätig. Außerdem sind vor allem Demonstrationen eine häufige Aktivität: Im Jahr 2016 zählte der Verfassungsschutz 466 rechtsextreme Demonstrationen in ganz Deutschland. Im Mittelpunkt standen hierbei die Themen Asyl und Migration, aber auch soziale Themen. Es gehört zur Taktik rechtsextremer Parteien und Bewegungen, Themen aufzugreifen, die den Menschen unter den Nägeln brennen und sich als Interessenvertretung der „kleinen Leute“ zu inszenieren. Auf den Transparenten finden sich Parolen wie „Asylflut stoppen“, „Asyl-



betrug macht uns arm“, „Soziale Gerechtigkeit statt Globalisierungswahn“ oder „Freie Menschen statt freie Märkte“. Auch wenn manche Parolen wie linke Forderungen klingen, kann man bei genauerer Betrachtung erkennen, aus welcher Ecke die Leute kommen – etwa wenn vor „Umvolkung“ und „Volkstod“ gewarnt wird oder für einen „Nationalen Sozialismus“ geworben wird.



Wichtige Themen der rechtsextremen Szene entstammen außerdem der NS-Zeit. Die größten rechtsextremen Demonstrationen finden beispielsweise an Gedenktagen von Bombenangriffen auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs statt, bei denen die Alliierten dann scharf kritisiert werden. Unerwähnt bleibt dabei, dass die Bombenangriffe auf Deutschland die Folge eines von Deutschland begonnenen Angriffs- und Vernichtungskriegs waren.

Sozialprotest von rechts außen

Die bereits erwähnte sozialpolitische Propaganda spielt im Rechtsextremismus und besonders in der NPD eine große Rolle. Das ist auch Parteistrategie, wie der ehemalige sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel offen zugibt: Es gehe der NPD um eine „Nationalisierung der sozialen Frage“, die der eigenen Bewegung so viel Zulauf bescheren soll, „dass die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler noch gehörig zittern werden“ (von der Internetseite der NPD Sachsen). Nicht das Ende von sozialer Ungleichheit ist also das Ziel der sozialpolitischen Propaganda der NPD, sondern die Machtübernahme in Deutschland! Andere rechte Parteien verwenden diese Strategie ebenfalls, zum Beispiel der Front National in Frankreich.

Rechtsextreme Parteien fordern mehr Wohlstand für Deutsche auf Kosten vermeintlicher Ausländer_innen (die oft deutsche Staatsbürger_innen sind). Die Forderung etwa, diesen „Ausländer_innen“, die in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben, Sozialleistungen zu streichen, käme einem Diebstahl gleich. Die Ablehnung von Asylbewerber_innen, weil sie den



Warum sind rechtsextreme Demonstrationen nicht verboten?

Du magst dich wundern, warum Rechtsextreme so oft demonstrieren dürfen. Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht im Grundgesetz (Artikel 8) und Grundrechte gelten in einer Demokratie für jede_n – auch für Rechtsextreme. Insofern muss es eine Demokratie aushalten, dass auch Feinde der Demokratie auf die Straße gehen. Allerdings mit Auflagen, die zum Beispiel bestimmte Symbole der rechtsextremen Szene verbieten. Durch Veränderungen im Versammlungsgesetz haben der Bundestag und einige Landtage auch dafür gesorgt, dass an bestimmten Orten keine rechtsextremen Demos stattfinden können, so zum Beispiel am Holocaust-Mahnmal in Berlin.

Deutschen etwas wegnähmen, widerspricht unserem Grundgesetz und den Menschenrechten. Jede_r hat das Recht, einen Antrag auf Asyl zu stellen, der gründlich geprüft werden muss. Während dieser Prüfung erhalten Asylbewerber_innen nur bescheidene staatliche Unterstützung. Wird der Antrag abgelehnt und reisen sie nicht freiwillig aus, droht ihnen die Abschiebung.



Außerdem: die Erfahrung zeigt, dass die pauschale Behauptung rechtsextremer Parteien nicht zutrifft, dass es sich bei allen Asylbewerber_innen um „Betrüger“ und „Schmarotzer“ handele. Das verschweigen rechtsextreme Parteien gerne, wenn sie gegen das Recht auf Asyl demonstrieren oder – wie z. B. die Partei „Der III. Weg“ – deutsche Obdachlose gegen Asylbewerber_innen („Obdachlosenheime statt Asylantenheime“) ausspielen wollen.



Auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen rechtsextremer Parteien sind nicht durchführbar. Sie wollen, dass sich Deutschland aus dem internationalen Handel und der EU zurückzieht, seine Industrie verstaatlicht und sich ausschließlich selbst versorgt. Damit würde man nicht nur internationale Verträge brechen, sondern die Versorgung der Bürger_innen drastisch einschränken. Deutschland ist auf den Import von Rohstoffen zwingend angewiesen und unser Wohlstand beruht zu einem großen Teil auf dem Export von Waren.



Kaum Aktivität in Parlamenten

Politik zu gestalten gehört interessanterweise nicht zu den vorrangigen Aktivitäten der extremen Rechten. An den meisten Orten, wo die NPD in den Parlamenten sitzt, ist sie nicht effektiv. Mitarbeit in Landtagsausschüssen lehnte der sächsische NPD-Abgeordnete Gansel mit den Worten ab: „Wir begeben uns nicht ins Hamsterrad“. Vielmehr geht es der NPD um Provokation und Selbstdarstellung, wie man am Beispiel der NPD-Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sehen konnte.

Wie Studien in mehreren Bundesländern zeigen, sind rechtsextreme Abgeordnete in Stadt- und Gemeinderäten wenig engagiert. Politische Erfolge können sie kaum erzielen. Allerdings verfolgen rechtsextreme Parteien langfristig die Strategie, von den Bürger_innen als „normale“ Partei gesehen zu werden. Deshalb greifen ihre Abgeordneten häufig bürgernahe Themen wie die Kita-Situation oder Umweltprobleme auf. Vertreter_innen rechtsextremer Parteien versuchen außerdem, die Sorgen der Menschen auszunutzen, wenn in ihrer Umgebung eine Asylbewerberunterkunft gebaut wird. Sie organisieren Demonstrationen, verteilen Flugblätter auf Einwohnerversammlungen und geben sogar Hinweise, wie man eine Bürgerinitiative gegen eine Asylbewerberunterkunft organisiert. Eine beliebte Strategie rechtsextremer Parteien ist es, bestehende Bürgerinitiativen zu unterwandern und für ihre Zwecke einzusetzen. Dies passierte z. B. im Herbst 2016 einer Initiative, die für den Erhalt eines Krankenhauses in Wolgast kämpfte. Der wachsende Populismus und dessen Verankerungen in Parlamenten auf allen Ebenen scheint mit einem anderen Verhalten einherzugehen. Wir beobachten seit 2014 eine zunehmende Anzahl von Anträgen und Anfragen von Rechts, die sich aber selten ernsthaft mit Problemlösungen befassen, sondern oft die Verwaltungen und die parlamentarischen Gremien beschäftigen oder Tabubrüche in die Öffentlichkeit tragen sollen.

Es bleibt aber dabei: Rechtsextreme Parteien machen nicht Politik, um gute Lösungen für echte Probleme zu finden. Vielmehr wollen sie durch kommunales Engagement ihr Schmutz-Image ablegen. „Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden“, schrieb etwa die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ schon im Jahr 2000. Demokratische Wahlen und demokratisch gewählte Parlamente wollen rechtsextreme Parteien langfristig abschaffen. Andere Politiker_innen und Parteien sind für sie nur „Volksverräter“ und Teil eines „verrotteten Systems“, dessen Untergang sie herbeisehen.

6 Was machen die Rechten in Berlin?

Rechtsextremismus – das klingt groß und bedrohlich, aber irgendwie immer auch weit weg. In den bisherigen Kapiteln und den dort aufgeführten Beispielen hast du aber bestimmt schon bemerkt, dass er auch in Berlin vorkommt, mehr oder weniger vor unseren Haustüren. Die vorgestellten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus finden sich natürlich auch in unserem Bundesland und verändern sich in ihrem Ausmaß und ihrer Ausgestaltung immer wieder. Dieser Wandel spiegelt sich auch im zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien und ihrer nur schwachen Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus wieder: Es ist Bewegung im rechten Milieu.



In Berlin gibt es eine Vielzahl rechter Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen. Das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum“ (apabiz) versucht diese zu erfassen und auszuwerten. Im Jahr 2016 zählte apabiz 173 rechtsradikale und asylfeindliche Kundgebungen, 2015 waren es 234. Dieser Rückgang lässt sich darauf zurückführen, dass weniger dezentrale Aktionen durch die „Nein zum Heim“-Bewegungen stattgefunden haben und die Rechten in Berlin stattdessen zu zentralen Protesten wie den „Merkel muss weg“-Demonstrationen mobilisiert haben.

Hinzu kommen etliche Übergriffe oder andere durch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (**GMF**) motivierte Vorkommnisse, die von den Berliner Registern dokumentiert werden. In die Analyse werden rassistische, antisemitische, **LSBTTIQ***-feindliche, antiziganistische, rechts-extreme, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle und gewalttätige Übergriffe einbezogen, die die Polizei veröffentlicht oder die den Anlaufstellen der Register bzw. der Opferberatung gemeldet werden. Veröffentlicht werden diese in einer Chronik, die unter www.berliner-register.de einsehbar ist.

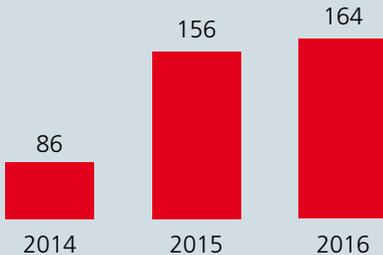
GMF = misst Einstellungen in der Bevölkerung, wo Menschen abgewertet werden, u. a. aufgrund von Rassismus, Behinderung, Armut oder sexueller Orientierung.

LSBTTIQ* – Lesbisch/Schwul/
Bi/Transsexuell/Transgender/
Intersexuell/Queer

Das * steht für alle hier nicht Benannten

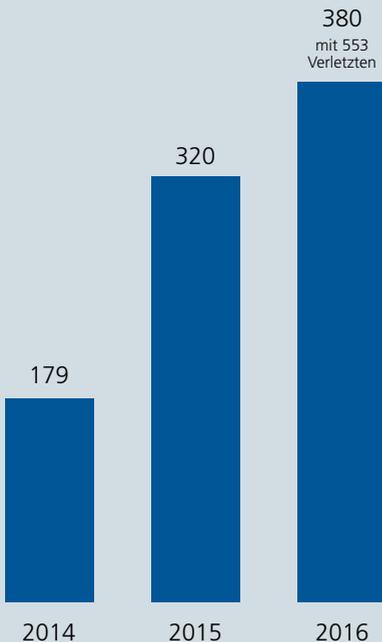
Rechtsextremist_innen werden immer gewaltbereiter

Opfer rechter Gewalt in Berlin



Quelle: Antwort des Senats auf eine Anfrage der Partei DIE LINKE

Rechte, rassistische und antisemitische Überfälle



Die Dunkelziffer kann höher sein, weil entweder Delikte nicht gemeldet werden oder als nicht politisch motiviert eingestuft werden. (Quelle: Opferberatungsstelle „ReachOut“)

Politisch motivierte Gewalt

Die steigenden Zahlen, die in Berlin durch Melderegister, Polizei und Opferberatungen Gewalt dokumentieren, sprechen eine klare Sprache: Wir haben es mit einer Radikalisierung und einer Polarisierung zu tun. Brandanschläge auf Autos von Engagierten oder auf Einrichtungen wie das Anton-Schmaus-Haus sowie die gezielte Einschüchterung online und offline sind Beispiele – auch gezielte Sachbeschädigung in Bezug auf Gedenkkultur (wie z. Bsp. die Schändung oder der Diebstahl von Stolpersteinen) sind Ausprägungen dieser Gewalt. Als Erklärung für diese Zunahme von Gewalt können mehrere miteinander verbundene Tendenzen herangezogen werden. Zum einen werden die Menschen mehr, die Gewalt als geeignetes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele sehen. Auch sorgt die Stimmung in Bevölkerung und Medien gegenüber Geflüchteten für mehr Mut, solche Dinge auch selbst zu formulieren oder eben in die Tat umzusetzen. Fallende Tabus sorgen zudem für Enthemmung. Ein nicht zu vernachlässigender dritter Punkt ist eine zu beobachtende Radikalisierung der extremen Rechten, die so möglicherweise dem Bodenverlust gegenüber rechtspopulistischen Strömungen entgegenzuwirken versucht.

In Berlin existiert auch eine mal mehr, mal weniger aktive – aber stets gewaltbereite – Szene „Freier Kräfte“, die große Überschneidungen mit dem NPD-Netzwerk und den „Autonomen Nationalisten“ haben – aber auch der Rocker-Szene.

Im Gegensatz zu Flächenländern kann die rechte Szene in Berlin nicht auf eine gefe-

stigte Infrastruktur zurückgreifen, aber Berlin als Stadt hat einen hohen Symbolcharakter für die Rechte und eine hohe Anziehungskraft für Auswärtige. Nachfolgend werden einige der größeren und regelmäßigeren Aktionen näher betrachtet, um einen Überblick über die Aktivitäten der Rechten in Berlin und ihre Themen zu bekommen.

Asylfeindlichkeit und Rassismus

„Nein zum Heim“

Im Jahr 2014 erreichten rassistische und neonazistische Proteste und Aktionen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte einen Höchststand in Berlin. Unter dem Motto „Nein zum Heim“ gab es insbesondere in den östlichen Randbezirken Berlins Proteste gegen (geplante) Unterkünfte für Asylbewerber_innen und Geflüchtete. Zugleich stiegen die Angriffe auf Geflüchtete.



Bundesweite Aufmerksamkeit erlangte die „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“, die ab 2013 Stimmung gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf machte. Diese Initiative wurde von Aktivist_innen der extremen Rechten getragen, fand jedoch großen Zulauf von Anwohner_innen. Obwohl sich die Initiative lange Zeit um ein bürgerliches Image bemühte, mobilisierte sie auf Facebook und bei Aufmärschen Neonazis und Rassist_innen. Die NPD schaffte es, über die Initiative ihre Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch in den Bezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Pankow machten vor allem NPD und örtliche „Nein-zum-Heim“-Initiativen Stimmung gegen Geflüchtete.

„Bärgida“

Der Berliner Ableger von „Pegida“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) gründete sich im Januar 2015. Seitdem finden regelmäßig „Abendspaziergänge“ statt, die jedoch deutlich weniger Zulauf erhalten als in Dresden. „Bärgida“ schließt an die asylfeindliche und rassistische Stimmungsmache der „Nein zum Heim“-Initiativen an und vertritt ähnlich wie das Dresdner Original eine Mischung aus Rassismus, Nationalismus, Verschwörungsideologien und eine Anti-Establishment-Rhetorik. Anders als das Dresdner Vorbild machen sich die Verantwortlichen von „Bärgida“ jedoch nicht die Mühe, sich von der extremen Rechten zu

distanzieren. Nachdem der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke auf einer der Versammlungen sprechen durfte, wurde „Bärgida“ im Sommer 2015 auf Antrag von Pegida-Chef Lutz Bachmann aus der bundesweiten Struktur ausgeschlossen. Auch die „Identitäre Bewegung“, „Pro Deutschland“ und andere Akteur_innen der extremen Rechten hielten Redebeiträge bei „Bärgida“. Unter den Teilnehmenden sind zahlreiche Aktive der AfD und das „Bündnis Deutscher Hools“, ein Ableger von HoGeSa (Hooligans gegen Salafismus), zu finden.

„Merkel muss weg“

Unter dem Motto „Merkel muss weg“ mobilisierte „Wir für Berlin – Wir für Deutschland“ in den Jahren 2016/2017 zu sieben Demonstrationen mit anfangs mehr als 2.000 Teilnehmenden, zuletzt nur noch mit etwa 500. Die Teilnehmenden sind überwiegend organisierte Rechte aus dem ganzen Bundesgebiet, darunter rechte Parteien, Kameradschaften, Burschenschaften, Hooligans, Reichsbürger_innen, Identitäre Bewegung, Pegida-Ableger, rassistische Bürgerinitiativen, Islamfeind_innen und Putin-Verehrer_innen.

Der Anmelder und Organisator Enrico Stubbe war bereits an asylfeindlichen Protesten in Marzahn beteiligt und besuchte die „Bärgida-Spaziergänge“, weiterhin ist er bei „Pro Deutschland“ und dem „Bündnis Deutscher Hools“ aktiv.

Inhaltlich versammeln sich hinter der Parole „Merkel muss weg“ ähnlich wie bei „Bärgida“ völkischer Protest, Verschwörungsideologien und eine Ablehnung des Establishments. Sie richtet sich nicht nur gegen Merkel als Kanzlerin und die Bundesregierung, sondern auch gegen die „etablierten“ Parteien, die Presse und den Rechtsstaat. Symbolisch finden die Demonstrationen im „Zentrum der Macht“, dem Berliner Regierungsviertel, statt.

Identitäre Bewegung

Die „Identitäre Bewegung“ als aktionistische, völkisch orientierte Gruppierung, die ethnopluralistisch-kulturrassistische Konzepte vertritt, macht vor allem über PR-Aktionen auf sich aufmerksam. So „besetzten“ sie das Brandenburger Tor, verschiedene Partei- und Gewerkschaftsgebäude und riefen zum „Sturm“ auf das Bundesjustizministerium auf. Darüber hinaus bedienen sie sich Strategien des Guerilla-Marketings und verkleben Sticker, färbten den Neptunbrunnen ein, stellten Zelte vorm Schloss Bellevue auf



und malten rassistische Parolen in U-Bahnhöfen, Parks und an anderen öffentlichen Orten auf den Boden. Wichtiger als die Aktionen selbst ist deren Verbreitung über Soziale Medien.

Zum Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 organisierte die „Identitäre Bewegung“ 2016 und 2017 Demonstrationen in Berlin. Sie betten ihre Aktionen damit ganz bewusst in eine Erzählung des Widerstandes. Die Mobilisierung erfolgte europaweit, 2016 sollte die Demonstration mit knapp 150 Teilnehmenden Auftakt zu einem „Sommer des Widerstands“ bilden. 2017 kamen 800 Teilnehmenden aus Kreisen der „Identitären Bewegung“, dem Pegida-Umfeld und der AfD.

NS-Verherrlichung

Hess-Gedenken

Der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess ist eine zentrale Figur in der Verherrlichung des Nationalsozialismus durch Neonazis. Die Trauermärsche zu seinen Ehren in Wunsiedel (Niedersachsen) sind seit 2005 verboten, das Verbot wurde 2009 unter Verweis auf die Verherrlichung oder Billigung des NS-Regimes sogar vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Zum 30. Todestag von Rudolf Hess fand 2017 jedoch wieder ein größerer neonazistischer Aufmarsch mit etwa 1.200 Teilnehmenden in Spandau statt, wo sich Hess 1987 im Kriegsverbrechergefängnis selbst tötete. Wie bei anderen „Trauermärschen“ z.B. in Dresden, Remagen oder Bad Nenndorf wird beim Gedenken an Rudolf Hess, der bis zu seinem Tod überzeugter Nationalsozialist und Antisemit war, eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben und der Nationalsozialismus auf diese Weise relativiert.

Wessel-Verehrung

Horst Wessel ist eine weitere Symbolfigur des Nationalsozialismus. Der SA-Sturmführer wurde nach seinem Tod 1930 durch das nationalsozialistische Regime zum „Blutzeugen der Bewegung“ verklärt. Das von ihm verfasste „Horst-Wessel-Lied“ wurde vom Kampflied der SA zur Partei hymne der NSDAP. Das Lied wurde durch den Kontrollrat der Alliierten 1945 verboten, seine Grabstätte auf dem St. Nikolai Friedhof im Prenzlauer Berg wurde demontiert. Dennoch wurde der Friedhof nach 1989 zum Wallfahrtsort für Neonazis. Der zuständige Friedhofsverband entfernte 2013 alle sichtbaren Überbleibsel des Grabes, um dem entgegenzuwirken.

Heldengedenken auf dem Columbiabfriedhof

Zum Volkstrauertag gab es auf dem ehemaligen Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Neukölln jahrelang ein „Heldengedenken“ national-konservativer bis extrem rechter Akteur_innen. Auf dem Militärfriedhof wurden zuerst die Gefallenen der sogenannten Einigungskriege und später die Soldaten der Wehrmacht beerdigt. Nationalismus ist in Inschriften, wie „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“ oder „Wir starben, auf daß Deutschland lebe, so lasset uns leben in euch!“ auf den Grabstätten und Denkmälern allgegenwärtig. Mit einem „Heldengedenken“ werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Täter zu Helden aufgewertet oder als Opfer betrauert, statt den mahnenden Charakter dieses Tages in den Vordergrund zu stellen.

Antisemitismus

„Quds-Marsch“

Der Quds-Tag wurde vom ideologischen Führer der Islamischen Revolution, Ayatollah Khomeini, im Iran 1979 eingeführt. Quds ist der arabische Name Jerusalems, dessen „Befreiung vom zionistischen Besatzer“ am Quds-Tag gefordert wird. Jährlich finden islamistisch, antizionistisch und antisemitisch geprägte Veranstaltungen statt.

Am Berliner Quds-Marsch nehmen Anhänger_innen der islamistischen Hisbollah, Neonazis, Antisemit_innen und antizionistische Linke teil. Die ausführlichen Auswertungen des Marsches durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), das Register Charlottenburg-Wilmersdorf, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) und Research and Documentation (Re Doc) zeigten, dass die Veranstaltenden eindeutig antisemitische Symboliken nutzen und für

die Abschaffung Israels agitieren. Beispielhaft dafür sind die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“ und die Aufforderung zum Boykott Israels. Andere Parolen, wie „Tod Israel“, „Tod den Juden“ und „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ wurden durch Auflagen der Versammlungsbehörde unterbunden.

Antifeminismus & Homophobie

„Marsch für das Leben“

Die „Lebensschutzbewegung“, die sich stark an der amerikanischen „Pro Life“-Bewegung orientiert, organisiert jährlich einen Schweigemarsch in Berlin. Dieser sogenannte „Marsch für das Leben“ fand in den Jahren 2002, 2004, 2006 und seit 2008 jährlich statt. Bis 2006 lief er unter dem Namen „1000 Kreuze für das Leben“. Symbolisch wird bei dem Marsch abgetriebener Föten gedacht.

Die „Lebensschützer_innen“ fordern nicht nur eine Abkehr von der Fristenregelung bei Abtreibungen und eine Bestrafung für Ärzt_innen und Patientinnen. Sie kämpfen zudem gegen einen liberalen Umgang mit Sexualität, gegen die Anerkennung von Homosexualität und ein Aufweichen der Zweigeschlechtlichkeit und vertreten ein konservatives Familienbild. Seit einiger Zeit bezieht die „Lebensschutzbewegung“ außerdem Stellung zu biopolitischen und ethischen Fragen, wie z. B. bei Stammzellenforschung oder Pränataldiagnostik.

Sie ist damit anschlussfähig für Akteur_innen verschiedener Spektren. Unter den Teilnehmenden finden sich fundamentalistische Christ_innen, führende Vertreter_innen der AfD, aber auch Aktivist_innen der extremen Rechten. Deren Fokus liegt dabei auf der Angst vor dem „Aussterben der Deutschen“. Gerade Frauen besetzen innerhalb rechter Szenen immer mehr das Thema „Lebensschutz“, die Aktivist_innen sind untereinander gut vernetzt. Prominente Unterstützerinnen des Marsches sind Beatrix von Storch (AfD), Birgit Kelle (Journalistin und Publizistin) und Martina Kempf (ChrAfD und Autorin).

Über den jährlichen Marsch hinaus ist die „Lebensschutzbewegung“ vor allem durch die Bibliothek des Konservatismus in Berlin sichtbar. Die Bibliothek ist ein Projekt der Neuen Rechten. Dort finden Veranstaltungen zum Thema „Lebensschutz“ statt. Die Stiftung „Ja zum Leben“ hat der Bibliothek außerdem eine Sondersammlung zu diesem Thema überlassen.

Lifestyle Propaganda – Klamotten & Musik

Musik ist ein wichtiges Medium, über das nicht nur Inhalte transportiert werden, sondern das darüber hinaus identitätsstiftend für die eigene Szene ist. Gerade um Jugendliche zu werben, nutzen Rechte z. B. mit den Schulhof-CDs der NPD Musik. Netzwerke, Labels, Versände und Ladengeschäfte spielen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung und der Finanzierung der Rechten. In Berlin selbst finden keine großen rechten Musikveranstaltungen statt, dennoch gibt es vor Ort eine entsprechende Szene. In Klubbäusern finden immer wieder kleinere Konzerte statt.

Zu den bekanntesten Rechtsrock-Bands aus Berlin gehören „Landser“ und „Spreegeschwader“. „Landser“ agierte konspirativ, flog 2001 jedoch auf und musste sich vor Gericht verantworten. Daraufhin gründete der Sänger Michael „Lunikoff“ Regener die Band „Die Lunikoff Verschwörung“, in der auch Mitglieder von „Spreegeschwader“ mitwirkten. Alexander Gast und Alexander-Willibald Bahls, die Gründer von „Spreegeschwader“ betrieben verschiedene Szeneläden in Berlin. Gast betrieb den Versand „On the streets“ und das Label „Panzerbär Records“. Bahls versuchte immer wieder, rechte Läden in Berlin zu etablieren und betrieb zuletzt den Laden „Parzifal“ in Treptow-Köpenick. Nachdem er eine längere Haftstrafe wegen seiner Beteiligung an der Naziband „D.S.T.“ („Deutsch Stolz Treu“) verbüßen musste, versucht er, erneut Geld mit rechter Mode zu machen.

Neben Rock deckt NS-Musik ebenso jedes andere Genre ab. Zunehmend gewinnt dabei NS-Hip-Hop an Bedeutung. Einer der offensivsten und erfolgreichsten Vertreter des Rechtsrap ist Makss Damage, doch es gibt weitere Vertreter_innen dieser Richtung. Eine der wenigen Frauen ist die Berliner Rapperin Dee Ex (Mia Herrn), die gemeinsam mit Nazibands auftrat und zuletzt Lieder der „Lunikoff Verschwörung“ coverte. Sie war außerdem kurze Zeit in der Partei „Die Rechte“ aktiv, unterhält Kontakte zur rechten Szene und nahm an Veranstaltungen, wie u.a. dem Quds-Marsch in Berlin, teil.

7 Rechtsextremismus – was geht mich das an?

Warum Rechtsextremismus besonders junge Leute angeht

Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie, denn er verneint die gleiche Würde aller Menschen. Allein deswegen geht Rechtsextremismus uns alle an. Egal welches Geschlecht, welche Nationalität, Religion und welches Alter: Wenn wir ein friedliches und demokratisches Zusammenleben wollen, müssen wir uns alle dazu bekennen und dafür eintreten. Es gibt jedoch gerade für junge Leute noch zwei weitere Gründe, gut über „die Rechten“ Bescheid zu wissen. Erstens wird Rechtsextremismus oft als Jugendproblem angesehen. Dass das nicht stimmt, sieht man, wenn man sich rechtsextreme Einstellungen anschaut. Wie in Kapitel 4 ausgeführt, findet man in allen Altersstufen rechtsextremes Gedankengut. Aber rechtsextreme Gewalttaten werden fast immer von jungen Täter_innen begangen, so dass viele Leute denken, es wäre ein Jugendproblem. Zweitens sind Jugendliche seit einigen Jahren die wichtigste Zielgruppe der Rechtsextremen. Es ist also wahrscheinlich, dass auch du mal von ihnen angesprochen wirst.



Rechtsextremismus in der Schule

Wie kommt Rechtsextremismus in der Schule vor? Der Klassiker ist die „Schulhof-CD“. Auch in den vergangenen Jahren hat es an verschiedenen Schulen solche Aktionen gegeben. Die Songs sind professionell gemacht, der Sound natürlich Geschmackssache, die Texte nicht superextrem, aber fremdenfeindlich, nationalistisch und gegen das politische System gerichtet. Ähnlich funktionieren auch Verteilaktionen, wie beispielsweise in Niedersachsen: „Der Bock – Das Sprachrohr der Gegenkultur“ ist ein in hoher Auflage an Schulen verteiltes Heft, das sich als Schülerzeitung tarnt. Zwei der ersten vier Ausgaben sind auf dem Index verbotener Publikationen gelandet. Da hilft nur eines: Ab damit in die braune Tonne!



Ziel solcher Verteilaktionen ist es, dass Leute mit zu einem Konzert gehen, die Broschüre einer rechtsextremen Partei lesen oder einfach Leute kennenlernen, die sie dann mit rechtsextremen Gedanken und Parolen konfrontieren. Manchmal versuchen rechtsextreme Kameradschaften auch gezielt Leute anzusprechen, die unsicher sind oder sich alleine fühlen. Rechtsextreme Gruppen versprechen Gemeinschaft und Gruppengeist. Das Problem dabei ist bloß, dass das nur so lange gilt, wie man sich der Gruppenmeinung anschließt und nichts in Frage stellt. Außerdem wird eine solche Gruppe oft dadurch erst zur Gemeinschaft, dass sie sich gegen Feinde abgrenzt – etwa gegen Andersdenkende oder -aussehende. Solche Tendenzen können an Schulen, in Jugendklubs oder im Stadtteil sowohl offene Feindseligkeiten, Mobbing und Gewalt hervorrufen als auch massiv das Lern- und Lebensklima für alle einschränken.

Umso wichtiger ist es, sich nicht mit Geschenken oder Versprechungen der Rechtsextremen locken zu lassen, sondern genau hinzuschauen. Bekommst du entsprechende Aktivitäten an deiner Schule mit? Dann setze dich unbedingt zur Wehr: Sprich mit anderen Schüler_innen, geh zu deinem_r Lehrer_in oder zur Schulleitung. Wenn es zu Gewalt kommt, informiere die Polizei. Es gibt viele Leute, die dir in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus helfen können (siehe Kapitel 9).

Rechtsextremes Gedankengut kann sich in der Schule und anderswo jedoch auch auf unauffälligere Art und Weise verbreiten, zum Beispiel wenn Schüler_innen oder sogar Lehrer_innen Aussagen oder Meinungen kundtun, die Rechtsextremen Wasser auf die Mühlen gießen. Erinnerst du dich

an die Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Kapitel 4? Du kennst sicher Aussagen wie: ... dass alles doch einfacher wäre, wenn nur eine_r im Staat entscheidet, ... dass „die Juden“ dies und das tun oder lassen, ... dass Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen etc. Auch wenn jemand, der nicht „rechts“ ist, Dinge sagt, die dem menschenwürdigen und demokratischen Zusammenleben schaden, ist Widerspruch angesagt.

Rechte Freizeit, rechter Lifestyle: Spiele nicht mit Nazis!

Um Jugendliche zu gewinnen, setzt die rechtsextreme Szene auf Freizeitangebote. Das sind z. B. Kinderfeste, Zeltlager und Konzerte. Mit solchen zunächst unpolitisch aussehenden Aktionen sollen neue Leute an die Szene herangeführt werden. Aber es geht bei diesen Veranstaltungen immer auch um Politik. Du würdest mit Sicherheit fremdenfeindliche Parolen und Verachtung für unsere parlamentarische Demokratie hören.

Gerade dort, wo es an Angeboten für Jugendliche fehlt, sind die Rechtsextremen besonders gern. Du kennst das vielleicht aus deinem eigenen Ort: Das Jugendhaus ist schon seit Jahren geschlossen, in der Schule ist nachmittags nichts los, Musikschule und Sportkurse sind teuer. Genau diese Situation nutzen die Rechten aus, indem sie Freizeitangebote schaffen, die attraktiv und auf den ersten Blick auch unverfänglich erscheinen: Sportereignisse, Freizeiten, Proberäume für Jugendbands oder schlicht einen Ort zum Abhängen.



Aber was dann passiert, wissen wir zum Beispiel von der Beobachtung der Zeltlager der inzwischen verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Kinder und Jugendliche wurden militärisch gedrillt und ideologisch geschult. Sie traten zum Fahnenappell an, liefen in Uniformen herum und lernten, dass die Deutschen allen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien.

Auch mit ihren Lifestyle-Produkten, der bereits erwähnten rechten Musik, ihren Modeartikeln (siehe Kapitel 5) und ihrem Kleidungsstil, versuchen Rechtsextreme Jugendliche für sich zu gewinnen. Aktionen, Style und Symbole sollen dazu führen, dass Ahnungslose den rechtsextremen Kleidungsstil nachahmen. Dabei unterschätzen sie die jungen Leute, denn: Wer rechtsextremistisch aussieht, ist niemals „in“.

Rechtsextreme im Netz

Rechtsextreme sind nicht nur von gestern. Das gilt vor allem bei der Verwendung des Internets und der neuen Medien, die sie nutzen, um Anhänger_innen zu gewinnen und zu mobilisieren. Wenn rechtsextreme Parteien ihre Internetseite betreiben oder im Netz Aktionen der Autonomen Nationalisten in einem Podcast veröffentlicht werden, ist das noch ziemlich offensichtlich. Doch wenn bei Facebook „Likes“ für die Bestrafung von Kinderschändern gesammelt werden, ist nicht unbedingt auf den ersten Blick zu sehen, wer dahinter steckt. Wenn man denn will, kann man sich heute quasi sieben Tage die Woche und 24 Stunden am Tag in der rechtsextremen Welt aufhalten. Und das, was für die Musik gilt: „Wo man singt, da lass dich ruhig nieder, doch prüf die Lieder hin und wieder!“, gilt umso mehr im Internet: Aufmerksam sein, wem man im Netz so alles begegnet!



Interview mit **Behnaz Zoghi**,
Schülerin in Königswinter

Red.: Rechtsextreme sprechen seit einigen Jahren bewusst die Zielgruppe „Jugend“ an. Wie macht sich das im Schulalltag und in der Freizeit bemerkbar und was sind die Strategien der Rechtsextremen?

BZ: Es ist keineswegs überraschend, dass ihre Zielgruppe die Jugendlichen sind, denn gerade als Jugendliche ist man leicht zu beeinflussen. Die Rechtsextremen suchen sich bewusst Jugendliche aus, die ohnehin schon viele private Probleme haben und wenig Aufmerksamkeit bekommen. Sie kennen die Schwächen dieser Jugendlichen und versuchen, diese Jugendlichen bewusst zu stärken. Sie geben ihnen das Gefühl, nicht allein zu sein und sich als stark und als etwas Besonderes zu sehen und zu fühlen.

Red.: Gab es an deiner Schule Probleme mit Rechtsextremismus oder warum hast du angefangen, dich für das Thema zu interessieren?

BZ: Nein, es gab an unserer Schule keine nennenswerten Probleme mit Rechten. Aber grundsätzlich finde ich, dass es immer besser ist, so was verbal zu entkräften als handgreiflich zu werden. Das Thema interessiert mich sehr, weil ich selbst mit meiner

Familie aus dem Iran hierher gezogen bin und vieles aus einer anderen Perspektive betrachten und beurteilen kann und auch einiges erleben musste.

Red.: Welche Rolle spielt dein Migrationshintergrund bei deinem Engagement gegen Rechtsextremismus?

BZ: Natürlich spielt der Migrationshintergrund eine sehr große Rolle bei meinem Engagement, denn ich finde es sehr schade, dass sich zu wenig Jugendliche in dem Bereich engagieren und vor allem sind es wenige Jugendliche mit Migrationshintergrund. Meiner Meinung nach sind es genau diese Jugendlichen, die zeigen können, dass es in der rechten Szene sehr viele Vorurteile gibt und diese nicht der Wahrheit entsprechen.

Red.: Welchen Tipp würdest du anderen jungen Leuten geben, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen?

BZ: Sie sollen nicht aufgeben und sich kleine Ziele setzen. Man erreicht mit kleinen Schritten viel mehr. Man hat schon dazugewonnen, wenn man einen Menschen nur zum Nachdenken bringt, anstatt zu versuchen ihn komplett umzustimmen.

8 Was tun? Was tun!

Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Wichtig ist dabei immer:

- Handle nicht allein, sondern suche dir Mitstreiter_innen.
- Rette nicht die Welt, sondern überlege, was an deinem Ort/in deiner Schule/in deinem Umfeld gemacht werden soll.
- Denke nach, wer dir bei der Umsetzung deiner Ideen helfen kann.

Am Anfang jeden Engagements steht der Dreischritt „Hinsehen – Deuten – Handeln“, nach dem auch die Profis von den Beratungsteams gegen Rechtsextremismus arbeiten. Dieser wird im Folgenden erläutert, bevor du anhand von konkreten Beispielen siehst, wie du dich engagieren kannst.

Hinsehen! – Was ist das Problem?

Wenn du etwas gegen Rechtsextremismus unternehmen willst, musst du als erstes herausfinden, was genau das Problem ist. Habe ich es mit einer rechtsextremen Jugendclique zu tun? Nervt die NPD? Ist vielleicht sogar Gewalt im Spiel? Oder herrscht an meinem Ort/in meiner Schule ein Klima, das Menschen mit Migrationshintergrund ausgrenzt? Sieh hin und informiere dich. Hintergrundinfos zur rechtsextremen Szene bekommst du bei der Polizei, bei Gewerkschaften oder bei Initiativen gegen Rechtsextremismus. In jedem Bundesland gibt es beispielsweise die erwähnten Beratungsteams, die man anrufen kann, und an ganz vielen Orten gibt es lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

Zum Hinsehen gehört auch die Frage, was vor Ort eigentlich möglich ist. Was nützt die beste Idee, wenn man sie am Ende nicht umsetzen kann? Du musst also überlegen, wer bei einer Aktion noch mitmachen kann, welcher Zeitrahmen für ein Projekt drin ist und wie das nötige Geld zusammenkommt.



Rechtsextremismus geht uns alle an!

Interview mit
Jana Günther,
„Schülernetzwerk für
Menschlichkeit und
Toleranz“

Red.: Liebe Jana, du gehörst dem Schülernetzwerk MUT an. Warum? Was geht dich das Thema Rechtsextremismus an?

JG: Das Schülernetzwerk agiert vor allem für Menschlichkeit und Toleranz und somit auch gegen Rechtsextremismus. Ich bin Mitglied, weil es wichtig ist, dafür einzustehen und gegen falsches Gedankengut vorzugehen.

Red.: Wie kamt ihr, du und deine Mitstreiter_innen, dazu, ein Schülernetzwerk ins Leben zu rufen?

JG: Das Netzwerk ist durch eine Fahrt ins ehemalige Konzentrationslager Buchenwald 2001 entstanden. Damals haben Lehrer_innen und Schüler_innen eine Bildungsfahrt dorthin unternommen und hinterher viel darüber gesprochen. Bei dem Nachtreffen haben sich dann Schüler_innen zusammengetan, um gegen das vorzugehen, was heute noch aktuell ist, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholt. Die darauffolgenden Treffen haben den Namen und einige Aktionen hervorgebracht.

Red.: Was unternimmt ihr gegen Rechtsextremismus?

JG: Unsere wichtigste Aufgabe sehen wir in der Aufklärung. Deshalb machen wir jedes Jahr eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Ravensbrück, um mit Schüler_innen und auch Lehrer_innen Weiterbildungen zu machen. Außerdem helfen wir dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee jedes Jahr die Gräber zu pflegen, machen antirassistische Filmabende oder gehen auf die Straße und entfernen rechte Schmierereien. Das sind jetzt aber nur einige unserer Aktionen.

Red.: Wie habt ihr an eurer Schule Mitstreiter_innen gewonnen?

JG: Unsere Mitstreiter_innen bekommen wir vor allem durch unsere Gedenkstättenfahrten. Dadurch, dass wir aber auch an vielen Infoveranstaltungen teilnehmen, findet der eine oder die andere auch so zu uns.

Red.: Rechtsextreme sprechen seit einigen Jahren bewusst die Zielgruppe „Jugend“ an. Wie macht sich das im Schulalltag und in der Freizeit bemerkbar und was sind die Strategien der Rechtsextremen?

JG: Besonders bemerkbar macht sich das durch die Verteilung von rechtsextremer Propaganda, zum Beispiel Verteilaktionen durch die NPD. Sie verteilen vor allem „Schülerzeitungen“ und CDs und hoffen so, die Jugendlichen zu erreichen.

Red.: Was kann man rechtsextremen Aktivitäten, zum Beispiel auf dem Schulhof, entgegensetzen?

JG: Die eine Schule, die ich kennengelernt habe, steht bei so einer Verteilaktion mit ihrem Schulchor auf dem Hof und vertreibt sie mit Anti-Nazischreien. Wir haben inzwischen auch eine andere Methode entwickelt, die „Erste Hilfe gegen Nazis“. Das ist ein kleiner Karton mit Aufklärungsmaterial, Infoflyern, Anti-Rechts-CDs und einem Müllsack für die rechte Propaganda. So können Lehrer_innen sich informieren, die Schüler_innen werden aufgeklärt und man kann rechte gegen linke CDs eintauschen.

Red.: Welchen Tipp würdest du anderen jungen Leuten geben, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen?

JG: Schaut hin, nicht weg, und zeigt Zivilcourage!



Deuten! – Was können wir tun und wie fangen wir es an?

Nachdem du die Lage geklärt hast, musst du überlegen, was als Gegenmaßnahme zu tun ist. Idealerweise beteiligt man spätestens jetzt andere Leute, denn gemeinsam ist man bekanntlich stärker. Wende dich an Institutionen, die häufig bei Bündnissen gegen Rechtsextremismus mitmachen, zum Beispiel die demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Jugendverbände. Es empfiehlt sich auch, die lokalen Entscheidungsträger_innen, also Bürgermeister_innen, Stadtverordnete, das Ordnungsamt und die Polizei zu informieren.

Gemeinsam kann man Ideen sammeln, was gemacht werden soll. Eine Gegenveranstaltung zu einer rechtsextremistischen Demo? Ein buntes Fest für Vielfalt und Toleranz? Eine Aktion, die über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen aufklärt? Die Gründung eines auf Dauer angelegten Bündnisses gegen Rechtsextremismus? Es gibt viele Möglichkeiten und du kannst (mit)entscheiden, was zu dir und deinem Ort passt.



Handeln! – Jetzt geht's los!

Wenn genau hingeschaut wurde, alle wichtigen Partner_innen im Boot sitzen und alle Handlungsmöglichkeiten geprüft sind – dann muss man es nur noch machen! Dazu braucht es Wissen, Mut, Kreativität und Geschick. Aber wie bei jedem Engagement gilt auch beim Kampf gegen Rechtsextremismus: Man muss ausprobieren, man darf auch mal Fehler machen und du bist nicht allein.

Wenn eine Aktion gelingt, ist das nicht nur ein wichtiger Beitrag zu unserer demokratischen Gesellschaft, sondern es zeigt auch, dass man etwas bewegen kann. Das fühlt sich gut an! Die Erfahrung zeigt übrigens: Wenn rechtsextreme Vorfälle passieren, muss man schnell etwas unternehmen. Passiert nichts, fühlen sich die Rechtsextremen bestätigt.



PRAXISBEISPIELE – AKTIONEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

EINE GEGENDEMO ORGANISIEREN

Will eine rechtsextreme Organisation eine Demo in deinem Ort durchführen, sollte man eine Gegenaktion starten. Oft wird das dann eine Gegendemonstration. Achtung: Eine solche muss ordnungsgemäß angemeldet werden. Am besten, man wendet sich an eine darin erfahrene Institution, zum Beispiel Parteien oder Gewerkschaften.

Will man sich nicht auf eine reine Gegendemonstration beschränken, gibt es verschiedene Beispiele für kreative Ideen aus anderen Städten. Zum Beispiel haben Kirchen durch Läuten der Glocken rechtsextreme Kundgebungen erschwert, oder Volksfeste für Vielfalt und Toleranz wurden von Organisationen und der Zivilgesellschaft parallel zu den rechtsextremen Demonstrationen ausgerichtet. Auch wird jeder bekannte Auftritt von Rechtsextremen von meist deutlich größeren Gegendemonstrationen begleitet, in denen friedlich zu Menschlichkeit, Demokratie und Miteinander aufgerufen wird – so zum Beispiel bei den „Merkel muss weg“-Demos oder den „Bärgida“-Aufmärschen.

Ein rechtlich umstrittenes Mittel gegen rechtsextreme Demonstrationen sind Blockaden. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Parlamentspräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat friedliche Sitzblockaden verteidigt und vor einer Kriminalisierung gewarnt. Sitzblockaden seien „nach dem Grundgesetz zulässig und geschützt“. Durch friedliche Blockaden konnte beispielsweise Europas größte rechtsextreme Demonstration in Dresden, zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, in den letzten Jahren nahezu verhindert werden.



**LAUT
GEGEN
NAZIS**

MUSIK UND KULTUR ALS MITTEL NUTZEN, ZUM BEISPIEL „LAUT GEGEN NAZIS“

Die Kampagne „Laut gegen Nazis“ bringt Künstler_innen, Medien und „Normalos“ gegen den Rechtsextremismus zusammen. Sie unterstützt Initiativen und Bündnisse gegen Rechts bei der Öffentlichkeitsarbeit, bildet Netzwerke und bietet kontinuierliche Beratung und Begleitung bei Veranstaltungen vor Ort – vom Infostand auf Dorffesten bis hin zur Gegendemonstration beim Naziaufmarsch in der Großstadt. Mit Highlights wie den Konzerten bekannter Bands setzt die Kampagne, gerne direkt in Nazi-Hochburgen, ein Zeichen für demokratische Grundwerte und Freiheit.

Kontakt: www.lautgegennazis.de,
außerdem auf Youtube: www.youtube.de/lautgegennazis

BÜNDNISSE BILDEN

Engagement macht gemeinsam mehr Spaß und man erreicht oft viel mehr. In der Petersburger Straße 94 in Berlin-Friedrichshain befand sich bis 2013 ein Thor-Steinar-Laden.

Zwischen 1929 und 1935 befand sich genau an diesem Ort das Restaurant und Café „Zum Keglerheim“. Es war das älteste Partei- und Sturmlokal der NSDAP im Osten Berlins. Die SA-Lokale boten den häufig arbeits- oder obdachlosen SA-Mitgliedern zum einen Unterkunft. Zum anderen hatten sie den Effekt, dass es nun ständig abrufbare gewaltbereite Formationen gab, die sich geschlossen aufmachten, um politische Gegner zu ergreifen und sie in den SA-Lokalen zu terrorisieren. Das Keglerheim, auch „Mörderkeller“ genannt, war von all jenen gefürchtet, die sich gegen die Nationalsozialisten auflehnten. Bereits im Februar 1933 begannen Angehörige des hier ansässigen SA-Sturms 34-Petersburger Straße, Kommunist_innen, Sozialdemokrat_



innen und Gewerkschafter_innen zu misshandeln und zu ermorden. In der Ost-Berliner Gedenklanschaft spielte das Erinnern an die Opfer des „Mörderkellers“ eine prominente Rolle. Gegen den Thor-Steinar-Laden gab es seit Jahren zahlreiche Proteste und breite Bündnisse, die 2013 zur Schließung des Geschäfts an diesem geschichtsträchtigen Ort führten.



EINE KAMPAGNE STARTEN

Das aus der Gewerkschaftsjugend hervorgegangene „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) ist mittlerweile bundesweit aktiv und führt Projektstage zum Thema Rechtsextremismus in Schulen durch.

Kontakt: www.netzwerk-courage.de

2008 erfanden die Jusos Mecklenburg-Vorpommern die Satirefigur Storch Heinar, die die Marke Thor Steinar und damit auch gleich die ganze rechtsextreme Szene veralbert.

Es gibt nicht nur T-Shirts mit dem Storch als Aufdruck, sondern auch die Band „Storchkraft“, die Konzerte gegen Rechtsextremismus organisiert. Bei den letzten Landtagswahlen in dem Bundesland wurden Tausende von Storch-Heinar-Plakaten im ganzen Bundesland geklebt, um den Wahlkampf der NPD zu stören. Auch bei Facebook ist der Storch aktiv.

Kontakt: www.endstation-rechts.de

Dies sind nur einige Beispiele für Aktionen gegen Rechtsextremismus, viele weitere ließen sich ergänzen.

Anzeigen! Dein gutes Recht – der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus!

Es gibt nicht nur Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, sondern auch Gesetze. In der Demokratie gilt die Meinungsfreiheit für alle. „Rechts“ zu sein allein ist nicht strafbar. Bestimmte Handlungen sind aber sehr wohl verboten und Gewalt natürlich erst recht. In Deutschland sind Symbole der NS-Zeit, wie zum Beispiel das Hakenkreuz, verboten, ebenso der „Hitlergruß“ und bestimmte Parolen der NS-Zeit (siehe Kapitel 5). Eine gute Übersicht über verbotene und nicht verbotene Symbole gibt die Website www.recht-gegen-rechts.de. Viele rechtsextreme CDs sind zudem auf dem Index und dürfen nicht frei verkauft werden.

Grundsätzlich gilt: Wenn du eine rechtsextreme Straftat beobachtest oder sogar selbst Opfer einer solchen wirst, muss etwas passieren! Ruf die Polizei, wenn jemand bedroht wird. Informiere deine_n Klassenlehrer_in, wenn ein_e Mitschüler_in angepöbelt wird. Drück den Notrufknopf, wenn im Zug jemand verprügelt wird. Auch wenn du bei einem Eingreifen keine Garantie hast, dass die entsprechende Tat aufgeklärt und der/die Täter_in zur Rechenschaft gezogen wird: Du kannst sicher sein, dass ohne Eingreifen erst recht nichts passiert. Wenn die Polizei gerufen wird oder Anzeige erstattet wird, dann muss sie ermitteln. Und in den letzten Jahren sind viele Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wachsamer geworden.

Achte bei jeder Aktion aber auch möglichst auf deine eigene Sicherheit – es ist cleverer, die Polizei zu rufen, als allein eine Schlägerei beenden zu wollen.



Ausstieg aus der rechtsextremen Szene – schwierig, aber es geht!

Ideal wäre es natürlich, wenn alle Rechtsextremen ihre Meinung ändern und Demokrat_innen würden. Da wir aber nicht in einer idealen Welt leben, muss man zugeben, dass der Ausstieg aus der Szene schwierig ist. Aber es geht! Der ehemalige Neonazi Matthias Adrian driftete mit 13 Jahren in die rechtsextreme Szene ab, gründete eine Kameradschaft und war Mitglied in der NPD. 2000 ist er ausgestiegen, weil er zunehmend Zweifel an deren Einstellungen und Ideologie bekam und zudem miterlebte, wie die vermeintlich nationalen Saubermänner selbst betrogen. Über die Aussteigerinitiative „Exit Deutschland“ fand er den Weg aus der Szene. Heute engagiert sich Adrian bei „Exit“ und in der SPD gegen Rechtsextremismus, den er „den großen Aberglauben unserer Zeit“ nennt. Kontakt zu „Exit“: Tel.: 0177 / 240 45 92, Mail: info@exit-deutschland.de.

Reden ist Silber, gut vorbereitet Reden ist Gold!

Zum Handeln gegen Rechtsextremismus gehört auch das Reden. Man *muss* nicht mit Rechtsextremen diskutieren – auf keinen Fall, wenn Gewalt zu befürchten ist –, aber man *kann* es tun. Und natürlich gehört die kritische Diskussion ihrer Ideen und Forderungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dazu. Auf solche Gespräche kann man sich vorbereiten. Einige wertvolle Tipps haben wir hier zusammengestellt. Sie stammen aus dem „MUT-ABC für Zivilcourage“:

Parolen parieren! – Tipps für eine Diskussion mit Rechtsextremen

von **Simone Rafael**, mut-gegen-rechte-gewalt.de

Das Fest ist schön, die Stimmung gelöst, die Gespräche angeregt. Und plötzlich erzählt der Mensch neben dir: „Ist doch schrecklich mit der Arbeitslosigkeit heutzutage. Gut ausgebildete junge Deutsche sitzen zu Hause und finden keinen Job, und die Ausländer nehmen ihnen die Arbeitsplätze weg.“ Die anderen am Tisch starren schweigend auf ihre Getränke. Und was jetzt?

! Einfach ignorieren?

Hat leider unangenehme Folgen: Der/die Parolenschwinger_in kann seine/ihre Gedanken verbreiten, fühlt sich durch den fehlenden Widerspruch bestärkt und als „Gewinner_in“. Vielleicht macht er oder sie, bestärkt durch den Erfolg, einfach weiter.

! Fakten allein helfen leider selten

Muss der/die Gesprächspartner_in nicht überzeugt werden können, wenn er/sie sieht, dass seine/ihre Argumentation fak-

tisch falsch ist? Leider nicht. In der Regel wird er/sie diese ignorieren oder dir das Wort im Mund umdrehen.

Aber: Es gibt Fakten, die funktionieren besser als andere; Fakten, die Aha-Erlebnisse ermöglichen, Nachdenklichkeit provozieren, Irritationen auslösen. Vermittelt werden die am besten in Form persönlicher Geschichten, Anekdoten, eigener Erfahrungen.

! Logik ist taktisch klug

„Woher weißt du das denn?“, „Kannst du mir das genauer erklären?“, „Hast du dafür mal ein konkretes Beispiel?“ Nachfragen verstrickt Parolenschwinger_innen oft in Widersprüche oder weist auf Absurditäten der Argumentation hin. Das ist schön demontierend.

! Nicht ablenken lassen!

Der/die Parolenschwinger_in haut dir eine Stammtischweisheit nach der nächsten um

die Ohren? Dann fordere ihn/sie auf, mal bei seiner/ihrer ersten These zu bleiben, um darüber zu diskutieren. Besser eine Parole entschärfen, als sich zu verzetteln.

! **Willst du das wirklich?**

Konsequenzen können ein Argument sein. Denke die Parole laut weiter: Was würde passieren, wenn sie Wirklichkeit würde? Will der/die Diskussionspartner_in das wirklich? Etwa: „Wie sähe denn dein Leben aus, wenn morgen alle sogenannten Ausländer_innen das Land verlassen würden?“

! **Humor ist, wenn man trotzdem lacht**

Verbissenheit tut Diskussionen niemals gut. Ein passender Witz, eine Portion Selbstironie können Wunder wirken, um das Klima zu entspannen und alle Gesprächsteilnehmer_innen wieder für Argumente zu öffnen.

! **Schaffe dir Verbündete**

Wer argumentiert schon gern allein gegen den Rest der Welt? Beteilige andere an dem Gespräch oder nimm Argumente von anderen Gesprächspartner_innen auf.

! **Schön still sein**

Die Diskussion kocht, der Ton wird laut? Rede bewusst leise und ruhig. Oft hört man dann aufmerksamer und offener zu, als wenn du im Kampf um die lautstärkste Meinung mitbrüllst.

! **Lass den/die Wortführer_in auflaufen**

Eine_r am Tisch quatscht die ganze Zeit. Natürlich reizt das, auf ihn/sie zu reagieren. Ist taktisch aber nicht klug: Die Unentschie-

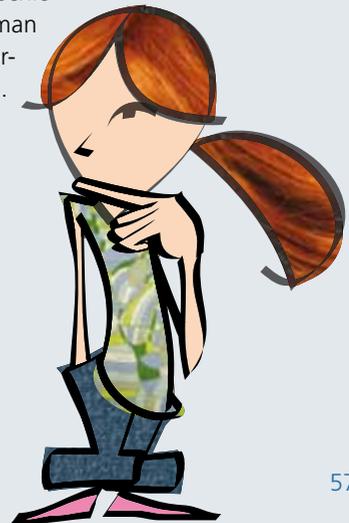
denen, die schweigend am Tisch sitzen und zuhören, sind viel interessanter! Sie können eher zum Nachdenken angeregt werden. Und wenn man sie gezielt nach ihrer Meinung oder Erfahrung befragt, könnten sie deine Partner_innen werden, die deine Argumente unterstützen.

! **Körperlich überzeugen**

Nein, das ist kein Plädoyer für schlagkräftige Argumente. Vielmehr kann Körpersprache helfen, Situationen zu entschärfen. Jeder möchte gern ernst genommen werden und den Eindruck haben, dass der/die Gesprächspartner_in zuhört. Lehne dich zurück, strecke die Beine aus – so wirkst du auf den anderen ganz gelassen und offen. Weniger geeignet: verschränkte Arme (signalisiert Blockade), weit über den Tisch beugen (wirkt wie „Über-den-Tisch-ziehen-wollen“).

! **Manchmal muss man es sein lassen**

Dir fehlen die Worte? Möglicherweise sogar die nötigen Hintergrundinformationen, um gut zu argumentieren? Es ist legitim, eine Diskussion auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, zu dem man sich besser vorbereiten kann.



9 Wo finde ich Unterstützung?



SCHULE

Soll etwas in deiner Schule passieren, ist die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ empfehlenswert. Sie hilft Schüler_innen bei dem selbstständigen Prozess, mit dem eine Schule sich das Label „Schule ohne Rassismus“ verdienen kann.

- **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**

Telefon: 030 / 214 58 60
schule@aktioncourage.org
www.schule-ohne-rassismus.org

Ebenfalls vor allem in Schulen arbeitet das aus der DGB-Jugend hervorgegangene „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC). Die jugendlichen Trainer_innen des NDC führen in mittlerweile zehn Bundesländern Projektstage in Schulen zu Aspekten des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung durch.

- **Netzwerk für Demokratie und Courage Landesnetzstelle Berlin-Brandenburg**

Telefon: 030 / 212 40 314
carolin.hasenpusch@dgb.de
www.netzwerk-courage.de

Das Projekt „Medien in der Schule“ hat eine Unterrichtseinheit zum Thema „Hass in der Demokratie begegnen“ entwickelt, welche die Erfahrungen (im Netz) der Schüler_innen mit Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Hate Speech aufgreift, um Hintergründe zu beleuchten und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

- **Medien in der Schule**

www.medien-in-die-schule.de/unterrichtseinheiten/hass-in-der-demokratie-begegnen

Die Zeitung „Kein Bock auf Nazis“ ist ein Projekt von Apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum) und dem Antifaschistischen Infoblatt www.keinbockaufnazis.de

REGIONALE ANLAUFSTELLEN

- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)**

Telefon: 030 / 817 985 810
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

- **Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf:**

<http://akmh.blogspot.eu>

- **Bündnis Berlin gegen Rechts**

<https://berlingegenrechts.de/ueber-das-bbgr/gruppen-und-organisationen-des-bbgr>

- **Berlin gegen Nazis**

<http://berlin-gegen-nazis.de>

- **Uffmucken Schöneweide**

<https://uffmucken-schoeneweide.de>

ÜBERREGIONALE PROJEKTE

Neben zahlreichen lokalen Projekten gegen Rechtsextremismus gibt es auch bundesweit aktive Institutionen – vielleicht ja auch in Deinem Ort?

- **Gegen das Vergessen – Für Demokratie e.V.**

030 / 26 39 78-3
info@gegen-vergessen.de
www.gegen-vergessen.de

- **Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.**

030 / 30 30 80 80
kontakt@gesichtzeigen.de
www.gesichtzeigen.de

- **Amadeu Antonio Stiftung**
030 / 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
- **Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)**
030 / 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
- **Exit Deutschland (Aussteigerprogramm)**
Tel.: 030 / 23 48 9328
info@exit-deutschland.de
www.exit-deutschland.de

- **Stolpersteine**
Ein Projekt, das der Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung von Menschen und Gruppen im Nationalsozialismus lebendig hält:
www.stolpersteine.com

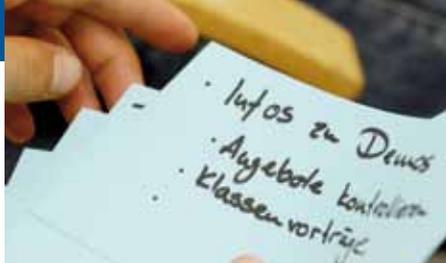
WOHER NEHMEN UND NICHT STEHLEN?

Auch Projekte gegen Rechtsextremismus kosten Geld, was man als junger Mensch meistens nicht grenzenlos hat. Aber es gibt einige Fördermöglichkeiten, wenn Du etwas auf die Beine stellen möchtest:

- **Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken**
www.vielfalt-tut-gut.de
- **Stiftung Demokratische Jugend**
www.jugendstiftung.org

LUST AUF SURFEN? INFOS IM INTERNET

- www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/
- www.mut-gegen-rechte-gevalt.de
- www.belltower.newss
- <http://blog.zeit.de/stoerungsmelder>
- <https://berlingegenrechts.de/>
- www.bnr.de
- www.endstation-rechts.de
- <https://publikative.org>



ANGEBOTE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

- **Thema Rechtsextremismus:**
www.fes.de/rechtsextremismus
- **Für Jugendliche:**
www.fes.de/themen/jugend

Alle weiteren Infos und Hinweise zu Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deiner Nähe:
www.fes.de

ZUM WEITERLESEN

Wer mehr zum Thema Rechtsextremismus wissen will, dem seien ein paar Bücher ans Herz gelegt:

Zur NPD und rechtsextremen Szene:

- Samuel Salzborn: **Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze.** Bonn 2016 (gibt es preiswert bei der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de).
- Andrea Röpke/Andreas Speit (Hg.): **Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft.** Berlin 2012.
- Hafenerger, Benno: **Die Identitären: vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung?** FES, 2014
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10649.pdf>
- Astrid Geisler/Christoph Schultheis: **Heile Welten: Rechter Alltag in Deutschland.** München 2011.

Zu Frauen und Rechtsextremismus:

- Andrea Röpke/Andreas Speit: **Mädelsache.** Berlin 2015.
- **Publikationen des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus**
www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/veroeffentlichungen



Zur Jugendkultur:

- **Das Versteckspiel** – Eine Broschüre über rechts-extreme Symbole, Marken, Musik und Codes. www.dasversteckspiel.de
- Toralf Staud/Johannes Radke: **Neue Nazis: Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts.** Berlin 2012.
- Thomas Kuban: **Blut muss fließen: Undercover unter Nazis.** Frankfurt am Main 2012.
- Jürgen Peters/Christoph Schulze (Hg.): **„Autonome Nationalisten“: Die Modernisierung Neofaschistischer Jugendkultur.** Berlin 2009.

Zur Erinnerungskultur in Berlin:

- Moritz van Dülmen, Wolf Kühnelt, Bjoern Weigel (Hg.): **Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933 – 1938 – 1945. Eine Stadt erinnert sich,** Berlin 2013. www.berlin.de/2013/berlin-im-nationalsozialismus

Praxishelfer:

- Molthagen/Klärner/Korgel/Pauli/Ziegenhagen (Hg.): **Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechts-extremismus – Handeln für Demokratie.** Bonn 2008.
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): Themenheft **Rassismus. Erkennen & Bekämpfen.** Berlin 2013. courage-shop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen
- Klaus-Peter Hufer: **Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus.** Schwalbach 2014 (gibt es kostenlos unter: www.politische-bildung.nrw.de).
- Stefan Bundschuh/Ansgar Drücker/Thilo Scholle (Hg.): **Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus.** Bonn 2012.

- Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein (Hg.): **Rechte Sprüche in der Klasse.** Kiel 2012 (als Download unter: www.schleswig-holstein.de).
- Beim Netzwerk für Demokratie und Courage gibt es ein **Courage 1 x 1** zum Download: www.netzwerk-courage.de/downloads/COURAGE_1x12015ohne_verse20.pdf

Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: **Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.** Bonn 2016.
- Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hg.): **Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit.** Frankfurt am Main 2013.
- Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann: **Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung.** Berlin 2011.

Diese und weitere Titel sind auch online abrufbar:

- www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/Publikationen_FES.php

AUSSTELLUNGEN

In ganz Deutschland gibt es **Ausstellungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus**, die sich besonders (aber nicht nur) an junge Leute wenden. Diese Ausstellungen sind kostenfrei auszuleihen. Für Berlin findest du alle Informationen zur Ausstellung unter <http://ausstellung.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalt/berlin.php>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin würde sich freuen, auch an deiner Schule oder sonstigen Institution mit der Ausstellung zu Gast zu sein!

Die Friedrich-Ebert-Stiftung:

Noch ein paar Worte zu der Institution, die dieses Heft erdacht und herausgegeben hat. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert – vom einfachen Handwerker in das höchste Staatsamt aufgestiegen – regte vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen in der politischen Auseinandersetzung die Gründung einer Stiftung mit folgenden Zielen an:

- die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern,
- begabten jungen Menschen unabhängig von den materiellen Möglichkeiten der Eltern durch Stipendien den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen,
- zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, von den Nationalsozialisten 1933 verboten und 1947 wiederbegründet, verfolgt mit ihren umfangreichen Aktivitäten diese Ziele bis heute. Als eine gemeinnützige, private und kulturelle Institution ist sie den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Die FES bietet in ganz Deutschland Seminare, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Publikationen zum Thema Rechtsextremismus und anderen gesellschaftspolitischen Themen an, auch für junge Leute!

Projekt gegen Rechtsextremismus im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Telefon: 030 / 26935 7311

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

www.facebook.com/ForumBerlinFES

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

**Deutschlandweite, zentrale Anlaufstelle für
Bedrohungen durch Rechtsextremismus ist
das Bundeskriminalamt:**

 **02225 - 8924240**

**Bei akuter, konkreter Gefahr gilt die
Notrufnummer**

 **110**

Für Informationen zum Thema Rechtsextremismus:
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



ISBN 978-3-96250-015-3

Das 1x1 zur Zivilcourage in Bedrohungssituationen

1. Sei vorbereitet
2. Bleib ruhig
3. Handle sofort
4. Hole Hilfe / Erzeuge Aufmerksamkeit
5. Halte zum Betroffenen
6. Verunsichere den/die Täter_in
7. Wende keine Gewalt an
8. Provoziere den/die Täter_in nicht
9. Halte Abstand / Immer „siezzen“
10. Ruf die Polizei

Quelle: Netzwerk für Demokratie und Courage

